

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In Bromberg mit Poststempel vierteljährlich 14,00 zl., monatl. 4,50 zl. Bei Postbezug vierteljährl. 16,16 zl., monatl. 5,80 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl., Danzig 8 zl., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Dienstags- und Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Heraus-Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr., die einspaltige Reklamezeile 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfennig, übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Blattdruck und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewöhn übernommen. — Postleitkonten: Posen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847

Nr. 103.

Bromberg, Sonnabend den 7. Mai 1932.

56. Jahrg.

Deutscher Sieg im Memellande (24:5)

Trotz litauischen Terrors — Zunahme der deutschen Stimmen!

Aus Memel sind folgende Ergebnisse bei den am 4. Mai vorgenommenen Wahlen zum Memeler Landtag eingegangen:

Insgesamt wurden 62 000 Stimmen abgegeben. Damit haben sich 97 Prozent der Wahlberechtigten an der Wahl beteiligt. Die größte Stimmenzahl erlangte die deutsche Memelländische Landwirtschaftspartei mit 22 819 Stimmen (bei der vorigen Wahl waren es 15 910 Stimmen). Sie wird somit 10 oder auch 11 Mandate erhalten (bei der Landtagswahl vom 10. Oktober 1930 erhielt diese deutsche Agrarpartei 10 Abgeordnete). Damit ist die Memelländische Landwirtschaftspartei wiederum die stärkste Partei im Landtag, während die zweitstärkste Partei, die deutsche Memelländische Volkspartei, ihren Besitzstand (8 Mandate) behaupten konnte. Die Memelländische Volkspartei erhielt diesmal 17 650 Stimmen (bei den letzten Wahlen 13 709).

Die deutschen Sozialdemokraten erhielten 4529 Stimmen (1930: 6880). Sie werden in den Memelländischen Landtag mit 2 Abgeordneten einzutreten, während sie bisher 4 Mandate innehatten. Dagegen haben die Kommunisten, die sich im letzten Landtag für die deutsche Sache einsetzen, ihre Mandatsziffer von 2 auf 3 erhöhen können. Das letzte durch den Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen freigewordene Mandat wird entweder (wie bereits oben angedeutet) der Memelländischen Landwirtschaftspartei zufallen oder der Deutschen Bürgerpartei.

Insgesamt haben also die Deutschen (wie bisher, wenn auch jetzt mit größerer Stimmenziffer) von den 29 Mandaten des Landtags 24 erobert. Davon entfallen 18 bzw. 19 Mandate auf die beiden deutschen Mehrheitsparteien (Memelländische Landwirtschaftspartei und Memelländische Volkspartei), die damit wieder über eine starke absolute Mehrheit verfügen.

Die Litauer haben ihren bisherigen Besitzstand von 5 Mandaten nur erhalten, nicht aber erhöhen können. Dabei ist innerhalb der litauischen Parteien eine Verschiebung eingetreten. Die litauische Nationalistische Liste, die bei der Landtagswahl von 1930 ohne Mandat ausgegangen war, kann jetzt mit 6865 Stimmen drei Mandate für sich buchen. Die bisher bei den Großlitauern führende litauische Wirtschaftspartei erhielt nur 4509 Stimmen und zieht mit 2 Mandaten in den Landtag ein. Das Wahlergebnis hat in litauischen Kreisen, die mit einer starken Zunahme der litauischen Mandate rechneten, große Niedergeschlagenheit und Erbitzung hervorgerufen.

Der Termin der Einberufung des neuen Memeler Landtages wurde auf den 27. Mai anberaumt.

„Und die Treue ist doch kein leerer Wahn . . .“

Unsere deutschen Brüder im Memelland haben am Vorabend des Himmelfahrstages einen Wahlsieg errungen, der von größerer Bedeutung ist als die meisten anderen Wahlentscheidungen unserer nicht mehr allzu demokratischen Zeit. Der eindrucksvoller erscheint als die Be schwerden der Deutschen Regierung und die Noten der Signatarmähte. Zwar hatte niemand das vorzeitige litauische Triumphgeschrei ernst genommen, das von einer „entschiedenen Haltung“ der Kownoer Regierung den Sturz der deutschen Mehrheit erwartete; aber man hatte selbst im Memelgebiet kaum geglaubt, angesichts der veränderten Verhältnisse den Bestand der deutschen Mandate in altem Umfang halten zu können. Das ist allem Terror der litauischen Verwaltung zum Trotz in überwältigendem Maße geschehen. Sämtliche Mandate konnten behauptet werden. Die absolute Mehrheit der Deutschen im Memelländischen Landtag ist nach wie vor eine Vierfünftel-Mehrheit, diejenige der beiden stärksten deutschen Parteien allein schon eine Zweidrittel-Mehrheit geblieben.

Die verstärkte, zum Teil widerrechtliche Einbürgerung Tausender von Großlitauern hat zur Folge gehabt, daß die Deutschen des Memellandes ihre letzte Kraft zusammen nahmen, um mit fast hundertprozentiger Wahlbeteiligung ihre Stimmenzahl gegenüber den Wahlen vom Herbst 1930 noch erheblich zu vermehren. Diese Wahlbeteiligung wird nur noch von unseren eigenen Wahlerngebnissen bei den Sejmwahlen vom März 1928 übertroffen, wo die Deutschen im ehemals preußischen Teilstaat überall mehr Stimmen aufbrachten, als ihrer eigenen Wählerzahl entsprach (im Wahlbezirk Nordpommern schätzungsweise 180 Prozent). Auch das Auftauchen von einzelnen Quertreibern, die es in allen nationalen Gruppen gibt und die in Memel zur Aufstellung von zahlreichen Splitterlisten führte, hat den Erfolg der bisherigen Hauptparteien nicht beeinträchtigen können. Mit Rücksicht auf die memelländische Wahlordnung, bei der durch Listenverbindung auch keine Gruppierungen zu einem

Mandat kommen können (bei uns ist das völlig ausgeschlossen) und im Hinblick auf den geschlossenen Wohnsitz einer deutschen Mehrheit in allen Wahlbezirken des Memelgebiets haben freilich solche Splittergruppen keine annähernd gefährliche Bedeutung wie anderswo.

Der außenpolitische Sinn der memelländischen Wahlen kann der Welt nicht verborgen bleiben. Die Tore des Friedensdiktates von Versailles gerade an diesem Punkte kommt erneut zum lebendigen Ausdruck. Das deutsche Memel, das früher einmal Neu-Dortmund hieß und am 1. August 1252 vom Litauischen Schwertritterorden gegründet wurde, hat bewiesen, daß es seither von seiner deutschen Mission im Osten nichts aufgegeben hat. Daß die Mündung und der Unterlauf des Memelstromes von einem anderen Volkstum begrenzt wird als sein Oberlauf, steht keineswegs vereinzelt auf der Landkarte da. An der Weichsel erleben wir das gleiche Bild, aber auch am Rhein und an der Donau. Wenn den Litauern Memel zugesprochen wird, können die Deutschen verlangen, daß man ihnen Antwerpener und das rumänische Mündungs-Delta der Donau zuspricht.

Es ist auch irrig anzunehmen, daß um des Hasens von Memel willen deutsches Volk ohne Abstimmung abgetreten würde. Man wollte Litauer und Deutsche, ebenso wie die Deutschen mit anderen Völkern durch solche Gebietsabtretungen zu wigen Feinden machen, jede deutsch-russische Zusammenarbeit ausschalten und dadurch einen Zustand erhalten, der Europa nachweisbar aus dem Gleichgewicht brachte. Mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und mit wirtschaftlicher Vernunft hat eine solche Entscheidung nichts zu tun. Ob ihr politisches Ziel erreicht wird, steht dahin und ist trotz der letzten Vorgänge stark zu bezweifeln.

Simmat tritt zurück!

Memel, 6. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Der Präsident des zurzeit amtierenden großlitauischen Direktoriums Simmat hat auf die Frage, welche Folgerungen er aus dem Wahlergebnis ziehen werde, mitgeteilt, daß er

von seinem Posten zurücktreten werde, ohne erst den neuen Landtag die Vertrauensfrage vorzulegen.

Wie die polnische Telegraphen-Agentur weiter aus Memel meldet, hat sich der Gouverneur Merkys nach Kovno zu einer Konferenz begeben, in welcher die weitere Taktik im Zusammenhang mit den Wahlergebnissen festgesetzt werden soll.

London, 6. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die englischen Blätter unterstreichen den großen Erfolg der deutschen Parteien bei den Wahlen zum Memellandtag und heben die schwere Enttäuschung hervor, die dieses Wahlergebnis für Litauen bedeutet.

Unruhige Wahlnacht in Memel.

Litauisches Militär verhindert Festnahme von Ruhestörern.

Memel, 4. Mai. (Eigene Meldung.) In der letzten Nacht vor der Wahl kam es in Memel verschiedentlich zu Schlägereien zwischen Bettelanklebern der beiden Richtungen. Die litauischen Schaulisten gingen mit offener Gewalt gegen die Wahlplakate der memelländischen Volkspartei vor. In der Nähe des „Memeler Dampfboots“ wurde eine Plakatsäule umgestürzt. Als die memelländische Landespolizei einschritt, stürzten sich die Schaulisten auf die Polizisten und versuchten sie zu entwaffnen. Verstärkte Polizeitruppen kontrollierten dies verhindern. Der Versuch der Polizisten, die Ruhestörer festzunehmen, wurde jedoch durch eine litauische Militärabteilung unter Führung eines Offiziers verhindert. An einer anderen Stelle am Theaterplatz konnte die Polizei in der Übermacht der litauischen Jungjüden das Umstürzen eines Plakats der memelländischen Volkspartei nicht verhindern. In der Libauer Straße überfielen zwei Schaulisten einen Bettelkleber der memelländischen Volkspartei. Dieser zog sich darauf in das Hotel „Zur Hütte“ zurück, wo er einen Freund traf. Als beide gemeinsam hinausgingen, verzogen sich die Litauer, schickten aber eine Militärpatrouille von 6 Mann, die den Bettelkleber verhafteten, obwohl kein Grund dazw.

Einen wütenden Eindruck machten im Stadtbild die furchtbaren Schlägereien der Litauer, die mit Feuerwerkskörpern und ganzen Häuserfronten verschmiert haben.

Die polnische Presse zu den französischen Wahlen.

Ein klares Bild über die Zusammensetzung der künftigen französischen Deputiertenkammer wird man sich erst machen können, wenn die Ergebnisse der am kommenden Sonntag stattfindenden Stichwahlen vorliegen werden. Bis jetzt hat die polnische Presse aller politischen Schattierungen in ihre Leser vor der Linksmehrheit Beunruhigung hineingetragen mit der Behauptung, daß ein französischer Linksblock, sofern er austande käme, und die Mehrheit in der Deputiertenkammer erlangen würde, die Erneuerung des französisch-polnischen Bündnisses hintertreiben dürfte. Verschiedene sozialradikale Parteiführer hatten sich auch bereits in diesem Sinne ausgesprochen. Jetzt bemühen sich verschiedene polnische Presseorgane, nachdem eine Anzahl von Teilergebnissen der Wahlen vom vergangenen Sonntag vorliegen, die Öffentlichkeit wieder zu beruhigen mit dem Hinweis darauf, daß von grundsätzlichen Änderungen in der Zusammensetzung der Kräfte im französischen Parlament nicht die Rede sein könne.

So schreibt der „Kurjer Polski“, daß der Regierung nahe stehende Organ der polnischen Schwerindustrie u. a.: „Die französischen Wahlen werden die letzten aus der Serie der großen europäischen Wahlen sein, die seit den letzten Wahlen zum deutschen Reichstag die politische Meinung der ganzen Welt von Zeit zu Zeit beunruhigt haben. Von dem Ergebnis dieser Wahlen wird nicht allein das Schicksal der Abrüstungskonferenz, sondern in hohem Maße auch die Gestaltung der Weltpolitik abhängen. Die Stellung Frankreichs in Europa ist heute so stark, daß davon, wer dort regieren wird, ungeheuer viel auf dem Spiele steht und stehen muß.“

Die diesjährige Wahlen in Frankreich werden sich in einer bedingt friedlichen Atmosphäre abwickeln. Dies sind nicht die Wahlen vom Jahre 1924, da es sich um die ganze Außenpolitik Frankreichs handelt, und vor allem darum, Raymond Poincaré am Ruder zu belassen oder ihn zu bestitigen, es wird sich auch nicht einmal um Wahlen aus dem Jahre 1928 handeln, da Frankreich unter dem Zeichen der Rettung des französischen Franc stand und in den allgemeinen Wahlen dem Retter des Franc, demselben Poincaré, die Huldigung darbrachte. Die gegenwärtige Regierung könnte sich einer solchen speziell hervorragenden Tat rühmen, und es liegt auch nichts vor, was den „Zorn des Volkes“ besonders gegen sie entfachen könnte. Die gegenwärtige Wahlkampagne nimmt daher einen ruhigen Verlauf, und man kann ohne Übertreibung sagen, daß man das Ergebnis dieser Wahlen mit einer mehr sieberhaften Ungeduld in Gang erwarten und wo anders als in Frankreich selbst.

Nach unserer Ansicht ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß die Beteiligung der Radikalen an einer jeden künftigen Regierungskoalition einen großen Einfluß auf die Innen- und Außenpolitik Frankreichs ausüben werde.

Das, was neulich in Deutschland vorging, konnte nicht ohne Einfluß auch auf die Psyche der Radikalen bleiben. Wird Herr Herrriot Ministerpräsident und vielleicht auch Außenminister Frankreichs, so wird sich sein Programm der Außenpolitik nicht wesentlich von dem Programm des Herrn Tardieu unterscheiden. Es wird vielleicht andere Worte und eine andere Form geben, doch der Inhalt wird derselbe bleiben. Der Austritt von einigen radikalen Deputierten aus dem linken Flügel der Radikalen Partei dürfte das allgemeine Bild nicht verdunkeln. Nach dem Sieg der Nationalsozialisten in Deutschland kam die Außenpolitik Frankreichs keine grundsätzlichen Abweichungen erfahren.“

Denselben Standpunkt vertritt der Krakauer „Ilustrowany Kurjer Godzieny“. Er meint, daß die Außenpolitik Frankreichs auch weiterhin von den Sozialisten unabhängig gemacht werden wird und daß man in dieser Beziehung mit keinen ernsteren Änderungen rechnen dürfe. Die Achse einer jeden Mehrheit, also auch einer jeden Außenpolitik würden die Gruppen Tardieu und Reynaud bilden, die die Politik Poincarés, des großen Steuermanns Frankreichs während des Krieges und eines der Schöpfer des polnisch-französischen Bündnisses, fortführen werden. Wer mit einer Regierung des Linksbündels rechnete, müsse die Ergebnisse der französischen Wahlen als eine Niederlage empfinden. (Der „Ilustrowany Kurjer Godzieny“ hatte in verschiedenen Artikeln wiederholt mit der Möglichkeit eines Linksbündels gerechnet, ist aber jetzt, ob mit oder ohne Recht, offenherzig genug, sich zu einer Niederlage zu bekennen. D. Red.)

Auch das Wilnaer „Slowo“, ein der polnischen Regierung nahestehendes Organ der polnischen Monarchisten, ist der Meinung, daß, wenngleich die bisherigen Ergebnisse der Wahlen in Frankreich noch kein klares Bild der künftigen Kammer ergeben haben, man schon jetzt mit aller Sicherheit annehmen könne, daß es größere Änderungen in der Zusammensetzung der politischen Kräfte in Frankreich nicht geben werde und daß kleine Verschiebungen nach links eine Änderung in der Innen- oder Außenpolitik der französischen Republik nicht nach sich ziehen dürften. Die Idee von Konzentrationsregierungen, die in Frankreich so populär sind, werde weiterhin aktuell bleiben und die Tatsache,

dass dieser Konzentration in einer stärkeren Zusammenfassung diese oder jene radikale Gruppe beitreten werde, keinen Einfluss auf das Wesen der Regierungen haben.

Neue italienische Rede gegen das Versailler Traktat.

Der Korrespondent des "Kurier Warszawski" meldet aus Rom unter dem 28. April folgendes:

Der Deputierte Poverelli (der nächste Mitarbeiter Mussolinis — D. Red.) wies in der Kammer in seinem Bericht über den Etat des Außenministeriums darauf hin, dass das Tributproblem sowie die Probleme der Kriegsschulden und der Ausrüstung noch unentschieden geblieben sind und lenkte die Aufmerksamkeit auf die Lage gewisser Länder, die am Vortage des Bankrotts stehen. Die Beunruhigung und die Spannung, die sich aus den Friedenstraktaten ergeben, teilen Europa immer noch in Sieger und Besiegte, während die Rüstungen einen immer größeren Umfang annehmen. Poverelli zitierte den letzten in dem Großen faschistischen Rat gefassten Beschluss, betonte die Aktion des Außenministers Grandi und wies auf die Direktiven Mussolinis hin, die in seiner im Juni des Jahres 1928 gehaltenen Rede aufgestellt wurden.

Der Deputierte schloss seine Ausführungen mit der Bemerkung, dass Italien fordere, den tragischen Kriegsforderungen ein Ziel zu setzen, die Zollgrenzen aufzuheben, die Donau- und Balkanländer wirtschaftlich wieder aufzubauen. Er meinte schließlich, dass die Revision der Traktate eine im Allgemein vorgesehene geschichtliche Notwendigkeit sei.

Die reichsdeutsche Presse versieht diese Ausführungen des Deputierten Poverelli mit umfangreichen Kommentaren, in denen diese Rede unter dem Hinweis darauf,

dass Poverelli der nächste Mitarbeiter Mussolinis sei, als eine offizielle Stimme Italiens bezeichnet und daraus der Schluss gezogen wird, dass Italien in der nächsten Session des Völkerbundes eine große Aktion für die Revision der Traktate einleiten werde.

Die schlechte Politik der letzten zwölf Jahre.

In der Jahresversammlung der Londoner Handelskammer sprach dieser Tage der englische Handelsminister Runciman über die Weltwirtschaftskrise. Er erklärte u. a., dass eine völlige Erneuerung der internationalen Beziehungen notwendig sei, da alle Länder voneinander abhängig seien. Mit dem Beginn der Tribut- und Kriegsschuldenzahlungen habe die Verstärkung des internationalen Handels begonnen. Der erste große Irrtum sei gewesen, von Deutschland Tributzahlungen in Waren zu fordern. Wenn ein neues Zeitalter für Industrie und Handel kommen sollte, so müsse zunächst die schlechte Politik der letzten zwölf Jahre aufgegeben werden. Die völlige Streichung der Tribute und Kriegsschulden sei notwendig.

Bor der Konferenz von Lausanne.

London, 6. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Meldung des "Daily Telegraph" hat die Englische Regierung bei den Young-Plan-Mächten schon gewisse Richtlinien für das Programm der Lausanner Konferenz in Vorschlag gebracht. Danach sollen zunächst Vereinbarungen zwischen den früheren alliierten Hauptmächten und Deutschland stattfinden. Die kleineren Mächte sollen erst später zu den Verhandlungen hinzugezogen werden.

Waffenstillstands-Abkommen zwischen Japan und China.

Shanghai, 6. Mai. (PAT) Hier wurde gestern das Waffenstillstandsabkommen zwischen Japan und China unterzeichnet. Dieses Abkommen macht der im Januar begonnenen feindlichen Aktion im Bezirk von Shanghai offiziell ein Ende. Das Dokument wurde unterzeichnet von dem englischen und französischen Gesandten, ferner von dem chinesischen Hauptdelegierten Kwotschi, sowie dem japanischen Gesandten Schigemitsu. Kwotschi, der bekanntlich vor einigen Tagen dem Attentat eines Chinesen zum Opfer gefallen war, setzte seinen Namen unter das Dokument in seiner Privatzimmer. Schigemitsu, der bei dem Großen Mordanschlag koreanischer Autonomisten schwer verwundet worden war, unterzeichnete den Alt im Krankenhaus.

Das japanisch-chinesische Waffenstillstands-Abkommen bestimmt, dass die japanischen Truppen in ihre früheren Stellungen, die sie im Januar eingenommen haben, zurückkehren sollen, während die Chinesen in ihrer gegenwärtigen Frontstellung verbleiben. Auf diese Weise wird zwischen beiden Parteien ein mehr oder weniger breiter neutraler Gürtel gelegt, der die Wiederaufnahme von feindlichen Handlungen verhindern soll. Für die Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens sorgt eine zwölfgliedrige Kommission, der je zwei

Vertreter Chinas, Japans, Englands, Frankreichs, Italiens und der Vereinigten Staaten von Nordamerika angehören.

Nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens beschloss das japanische Marine-Ministerium, seine in die Gewässer von Shanghai beorderten Kriegsschiffe allmählich zurückzuziehen. Die japanischen Seestreitkräfte vor Shanghai setzen sich aus hundert Schiffseinheiten zusammen.

Bandenkämpfe in der Mandchurei.

Moskau, 6. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Sowjetrussische Meldungen aus Mukden folgen fand in der Nähe der Ortschaft Tuclao eine dreitägige Schlacht zwischen japanischen Truppenabteilungen und chinesischen "Banden" statt. Die Chinesen verloren etwa 100 Mann an Toten und Verwundeten und zogen sich zurück. Auf japanischer Seite fielen 6 Soldaten. Nach Meldungen aus Charbin betrugen die Verluste der Japaner während eines Kampfes bei Schaschalian am Amurfluss 20 Mann. Das japanische Oberkommando beabsichtigt eine Strafexpedition nach Schaschalian und in die Gegend von Dunhuang zu entsenden.

Beratungen eingeleitet worden, welche die Lösung aller bedeutsamen Fragen bringen sollen, die in der nächsten Zeit geregelt werden müssen.

"Haltlose Kombinationen".

Die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei hatte die Nachricht verbreitet, dass starke Kräfte zu einem konzentrischen Angriff auf die Regierung Brüning unter Führung der Generale von Schleicher und von Hammerstein und des Staatssekretärs beim Reichspräsidenten Meissner angesehen haben. Nach der Korrespondenz, die bekanntlich das parteiamtliche Organ der Bayerischen Volkspartei ist, sollen die genannten unter Hinweis auf den Ausgang der Preußenwahlen eine radikale Umbildung der Reichsregierung an Haupt und Gliedern verlangen. Kanzlerkandidat sei General von Schleicher selbst, und zwar beabsichtige er ein Militärkabinett zu bilden, zu dem auch Nationalsozialisten gehören sollen.

Die Reichsregierung hat diese Mitteilung bereits dementiert durch eine Erklärung, in der es heißt:

In einzelnen süddeutschen Blättern sind Gerüchte verbreitet, wonach aus Kreisen der Reichswehr und unter Mitwirkung anderer politischer Persönlichkeiten der Sturz des Reichswehr- und des Reichsministers des Innern betrieben und auf eine radikale Umbildung der Reichsregierung hingearbeitet würde. Von amtlicher Seite wird dazu erklärt, dass es sich hierbei um haltlose Kombinationen handelt. Die in der Öffentlichkeit genannten Personen stellen ausdrücklich fest, dass diese Behauptungen erfunden sind und jeglicher tatsächlichen Begründung entbehren.

Ludendorff verzichtet auf das Ehrenbürgerrecht in Königsberg.

General Ludendorff hat dem Königsberger Oberbürgermeister Dr. Lohmeyer brieflich mitgeteilt, dass er das Ehrenbürgerrecht der Stadt Königsberg niederlege. Das Ehrenbürgerrecht wurde Ludendorff nach der Befreiung Ostpreußens von den Russen verliehen.

Wie die "D. A. Z." erfährt, fühlt sich General Ludendorff gekränkt, weil er glaubt, dass Oberbürgermeister Dr. Lohmeyer gegen einen Angriff, den Reichskanzler Dr. Brüning am 9. April in seiner Königsberger Rede gegen den General angeblich gerichtet haben soll, nichts zu seiner Verteidigung unternommen habe. Es ist jedoch einwandfrei festgestellt worden, dass Dr. Brüning in seiner Rede Ludendorff überhaupt nicht erwähnt hat, ihn insgesamt auch nicht angegriffen haben kann.

Polen will auf Unterseeboote nicht verzichten.

Geneve, 6. Mai. (PAT) Die Flottenkommission der Abstimmungskonferenz hat am Mittwoch die Aussprache über die Abschaffung der Unterseeboote beendet. Außer der polnischen Delegation, die den Standpunkt vertrat, dass die Unterseeboote eine Defensivwaffe darstellen, sprachen sich auch die italienische Delegation für die Beibehaltung der Unterseeboote aus, die ebenfalls der Meinung war, dass es sich hier um eine Verteidigungswaffe handele. Die italienische Delegation gab aber gleichzeitig den Ansicht Ausdruck, dass man die Unterseeboote abschaffen könnte, falls man auch auf die Linienschiffe verzichten würde.

Im Anschluss hieran beschäftigte sich die Kommission mit den Unterseeminen. Auch in dieser Frage bestehen große Meinungsverschiedenheiten.

Deutsches Reich.

Hindenburgs neue Amtsperiode.

Das Wahlprüfungsgericht hat die Wahl des Reichspräsidenten von Hindenburg am 10. April als gültig erklärt. Der Reichsminister des Innern teilt im "Reichsanzeiger" diese Entscheidung mit und fügt hinzu:

"Damit hat das Verfahren zur Wahl des Reichspräsidenten seinen endgültigen Abschluss gefunden. Mit dem 6. Mai beginnt die neue siebenjährige Amtszeit des wiedergewählten Herrn Reichspräsidenten."

Die neue Amtsperiode ist auf Wunsch des Reichspräsidenten durch keine Feier eingeleitet worden.

Aus anderen Ländern.

Unterzeichnung des russisch-estnischen Nichtangriffspaktes.

Moskau, 6. Mai. (PAT) Gestern wurde hier der sowjetrussisch-estnische Nichtangriffspakt und ein Pakt für die friedliche Beilegung von Konflikten unterzeichnet. Im Namen der Sowjetunion unterzeichnete die Akte Litwinow, im Namen Estlands der estnische Gesandte Seljamaa.

Kleine Rundschau.

Kraftwagenunfälle fordern 6 Todesopfer.

Budapest, 6. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die "Donaupost" aus Klausenburg meldet, ereigneten sich am Himmelfahrtstage in Siebenbürgen zwei schwere Kraftwagenunfälle, die sechs Todesopfer forderten. Bei Klausenburg wurde der Kraftwagen des früheren Flügeladjutanten des Erzherzogs Franz Ferdinand, Major Barth, von einem Schnellzug überfahren. Der Major und seine beiden Begleiter wurden getötet. Bei Szamosuvar stürzte der Kraftwagen des Großkanzlers Martin Bürer von einer Brücke in den Fluss. Bürger, ein Bekannter und der Kraftwagengründer ertranken, während sich die Frau des Besitzers retten konnte. An der gleichen Stelle war vor 10 Jahren ein Kraftwagen der tschechoslowakisch-rumänischen Militärausstellung ins Wasser gestürzt, wobei neun tschechische und rumänische Offiziere den Tod fanden.

Schneefall über England.

London, 6. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Über Nord-England und Schottland fiel im Laufe des gestrigen Nachmittags Schnee.

Ist der älteste Deutsche der Welt ein Auslanddeutscher?

DAI Zwei Zeitungsmeldungen der letzten Wochen veranlassen uns zu dieser Frage. Der "Heimatbote", das Wochenschrift der in den Vereinigten Staaten lebenden Südschwaben in Chicago, brachte vor Kurzem die Nachricht, dass Franz Husnagel in Buenos Aires (Argentinien) 100 Jahre alt geworden ist. Husnagel stammt aus der Weinbauernstadt des Banats, dem früher zu Süddunarn gehörenden Wersek, von wo er vor 70 Jahren nach Argentinien ausgewandert ist. Ein noch älterer Auslanddeutscher soll in San Diego (Kalifornien) leben und dort im letzten Winter unter Teilnahme weitester Kreise seinen 105. Geburtstag gefeiert haben. Es handelt sich um den Zimmermeister Karl Mans, der vor über 100 Jahren mit seinen Eltern aus einem kleinen Ort bei Dresden ausgewandert sein soll. Über die Feier seines 105. Geburtstages brachten deutsche Zeitungen des Reichs und des europäischen Auslands eine schwungvolle Darstellung aus der Feder von Hans Georg Riesenstahl, doch war es auffallend, dass deutschamerikanische Zeitungen von diesem immerhin außergewöhnlichen Ereignis keine Notiz nahmen.

Die Frage, ob der älteste Deutsche der Welt ein Auslanddeutscher ist, wie die Auffüsse über die Geburtstagsfeier von Karl Mans in San Diego behaupteten, hat nicht nur literarisches Interesse, sondern auch grundsätzliche Bedeutung. Es ist bekannt, dass die Nachkommen auslanddeutscher Siedlergeschlechter, die aus Südeuropa oder aus Rußland über den Ozean nach Amerika weitergezogen sind, in wirtschaftlicher Hinsicht besonders zäh und anpassungsfähig sind, aber auch ebenso treu und fest an der Erhaltung ihrer Sprache und ihres Volkstums halten. Wäre es nicht möglich, dass auch beim Einzelindividuum solcher im Daseinskampf gestählter auslanddeutscher Geschlechter die Lebenskraft und die Lebensdauer wachsen? Daher darf die hier aufgeworfene Frage durchaus allgemein-deutsches und wissenschaftliches Interesse beanspruchen.

Um Unterlagen zu ihrer Beantwortung zu erhalten, bittet das Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart (Haus des Deutschstums), ihm nähere Angaben über Namen, Alter, Beruf, Lebensgang, Abstammung usw. aller mindestens hundertjährigen im Ausland lebenden Deutschen zu übermitteln. Um möglichst Rückfragen zu vermeiden, wird fernher gebeten, die Angaben von einer deutschen Organisation oder amtlichen Stelle bestätigen zu lassen. Das Deutsche Ausland-Institut wird über das Ergebnis dieser Umfrage seinerzeit berichten und ist gern bereit, denjenigen gegenüber, die ihm für die Lösung des Problems wertvolles Material übermitteln, sich mit einer Kalender- oder Büchergabe erkenntlich zu zeigen.

Brünings Bericht.

Der Bericht, den der Reichskanzler Dr. Brüning dem Kabinett über die außenpolitische Lage erstattete, erstreckte sich auf alle Fragen, die in den Genfer Besprechungen mit den ausländischen Staatsmännern behandelt worden sind, vor allem also auf die Abrüstungsfrage und das Donauproblem. Danach hat Dr. Brüning in Genf keinen Zweifel an der Bestimmtheit und Klarheit des Standpunktes gelassen, den Deutschland in diesen Fragen einnimmt. Das gilt in erster Linie für das absolute Bestehen auf Gleichberechtigung in der Abrüstung und gilt weiter vor allem auch für das Festhalten an der Linie der deutschen Reparationspolitik. Die Darlegungen Dr. Brünings wurden im einzelnen noch ergänzt durch Staatssekretär Dr. Bülow und Ministerialdirektor Graf Schwerin-Krosigk, der Sachverständiger für die wirtschaftliche und finanzielle Seite des Donauproblems ist. In der Kabinettsitzung sind nun die

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verborgenheit zugesichert.

Bromberg, 6. Mai.

Bewölkungszunahme.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet zunehmende Bewölkung bei wenig veränderten Temperaturen und strichweisen Niederschlägen an.

Erwerbslosenhilfe.

Schluss des zweiten Erwerbslosenlehrganges in Langenloingen.

Am 3. Mai schloss nunmehr auch der zweite Erwerbslosenkursus dieses Jahres in Langenloingen, zu dem sich gegen 40 junge Leute aus Posen und Pommerellen durch ihre Pfarrämter gemeldet hatten. Den Kursus, für den sich eine Reihe von Pfarrern dankenswerterweise als Gauftredner zur Verfügung gestellt hatten, leitete ebenso wie den ersten Herr Kirsch vom Landesverband für Innere Mission Posen unter der treuen Mithilfe des Haussvaters des Johannishofs von Langenloingen, Diakon Herrmann. Die Erwerbslosen waren teilweise in ihrem Berufe, teilweise mit Gartenarbeit beschäftigt und hatten Gelegenheit zu geistiger Vertiefung und Fortbildung in täglichen Vorträgen, Arbeitsstunden und wöchentlichen Leseabenden. Auf der Schlussfeier wurden das Spiel „Die verstorbenen Gerechtigkeit“ von Lorenz, zu dem die Erwerbslosen selbst Bühnenraum und Ausstattung geschaffen hatten, und eine Reihe von vierstimmigen Männerchören zu Gehör gebracht. Mit großer Freude begrüßte man zwei junge Leute des ersten Kursus, die auf Fahrrädern aus der Rogasener Gegend herbeigeeilt waren, um an der Feier teilzunehmen.

§ Schießschießen veranstaltet am 11. 13. 21. 25. und 28. das 18. Ulanen-Regiment auf dem Schießplatz in Jagdschütz. Die Zugangswege sind durch Militärposten gesichert.

§ Neuer Brotpreis. Mit dem 6. d. M. verpflichtet auf Grund einer Verfügung des Stadtpräsidenten ein neuer Brotpreis. Ein Kilogramm Roggenbrot kostet 46,8 Groschen, so daß für ein 8-Pfund-Brot ein Preis von 70 Groschen erhoben werden darf.

§ Eine Versteigerung von Militärpferden findet am 7. Mai um 10 Uhr vormittags auf dem Neuen Markt in Bromberg statt. Zur Versteigerung kommen drei Pferde.

§ Krieg den Ratten! Da sich in der letzten Zeit in Bromberg sehr viele Ratten gezeigt haben, die als Bazillenverbreiter gefürchtet sind, hat der Stadtpräsident eine Bekämpfung der Rattenplage angeordnet. Danach sind alle Hausbesitzer bzw. Verwalter oder Pächter, deren Grundstücke im Gebiet der Stadt Bromberg liegen, verpflichtet, Rattengift in zwei Terminen auszulegen und zwar am 21. und 28. Mai d. J. abends an den Stellen, die dafür am geeigneten sind und in der Weise, wie sie von den Apothekern und Drogisten empfohlen wird. Besondere Genehmigungen zum Ankauf des Giftes werden nicht ausgetragen. Beim Ankauf des Giftes muß jedoch der Stempel der verkaugenden Firma und das Datum des Erwerbs auf der Verpackung bzw. der Schachtel angebracht werden. Diese Verpackung muß den kontrollierenden Beamten auf Verlangen vorgezeigt werden. In Fällen, in denen dies nicht geschieht, wird angenommen, daß Rattengift nicht ausgelegt worden ist. Von der Auslegung des Giftes sind die Mieter zu benachrichtigen, damit sie eventl. Geflügel und Haustiere in Verschlägen halten können, um so einer Vergiftung dieser Tiere vorzubeugen. Die Verfügung besagt weiter, daß zur Auslegung nur das Gift „Cianto fosforowe“ (Phosphor-Teig) zur Anwendung kommen darf. Ferner wird darauf hingewiesen, daß zur Auslegung des Giftes auch die Besitzer von Lebensmittelsgeschäften (Fleischer, Bäcker usw. sowie Wolkereien) verpflichtet sind. Nichtbefolgung dieser Vorschriften zieht eine Geldstrafe von 60 Zloty oder eine Haftstrafe nach sich.

§ Nach deutschem Muster. Das Ministerium für Post und Telegraphie ist gegenwärtig mit der Reorganisation des Arbeitssystems des Beamtenapparates nach deutschem Muster beschäftigt. In der Hauptstache soll das Publikum zur schnelleren Abfertigung der Schaltergeschäfte entlastend eingreifen. So wird es beispielsweise alle Formulare, die mit der Ausgabe und Empfangnahme von Postsendungen, eingeschriebenen Briefen, Paketen, Wertsendungen in Zusammenhang stehen, selbst ausfüllen haben. Die Postbeamten werden dann in Zukunft diese Formulare nur noch mit Stempel und Unterschrift versehen. Diese und ähnliche Arbeitsmethoden sind bereits seit längerer Zeit mit vollem Erfolg in Deutschland zur Einführung gebracht, sie haben der Postverwaltung viel Arbeitskraft und Zeit erspart und damit auch finanzielle Entlastung gebracht. Den Nutzen hat aber auch das Publikum selbst, da die Abfertigung der einzelnen Parteien viel schneller vor sich geht. Mit der Einführung des neuen Systems ist für den 1. Juni zu rechnen, wobei die Beamten angewiesen werden dürfen, in der ersten Zeit den Postauslieferern beim Ausfüllen der verschiedenen Formulare hilfreich zur Seite zu stehen.

§ Schnaps und Spiritus billiger. Im „Dziennik Ustam“ vom 30. April d. J. ist eine Verordnung des Finanzministers veröffentlicht, die neue Preise für Erzeugnisse des Spiritusmonopols festsetzt. Aus der neuen Preisliste ist zu ersehen, daß der Preis für den gewöhnlichen Schnaps und für Spiritus zu Heilszwecken um ungefähr 10 Prozent herabgesetzt wurde. Der Preis für den besseren Schnaps (vodka myborowa und vodka lufusowa) bleibt weiterhin dasselbe. Es kosten von nun ab: Gemöhlischer Schnaps: a) 35prozentiger — ein Liter 4,80 Zloty, ein halber Liter 2,50 Zloty, ein Viertelliter 1,30 Zloty; b) 40prozentiger — ein Liter 5,60 Zloty, ein halber Liter 2,90 Zloty, ein Viertelliter 1,50 Zloty; c) 45prozentiger — ein Liter 6,80 Zloty, ein halber Liter 3,20 Zloty, ein Viertelliter 1,70 Zloty. Spiritus für Heilszwecke: a) 90prozentiger — ein Liter 12,50 Zloty, ein halber Liter 6,25 Zloty; b) 95prozentiger — ein Liter 18,80 Zloty, ein halber Liter 6,70 Zloty.

§ Rückgang der Zahl der Motorfahrzeuge. Die schweren Verluste, die neben den allgemeinen Krisenerscheinungen für den Stand des Motorfahrzeugwesens in Polen das zufällige Experiment des Wegebaufonds im vorigen Jahr mit sich gebracht hat, ergibt sich besonders klar aus der Zahl der mechanischen Fahrzeuge in Polen. Die Zahl dieser Fahrzeuge verringerte sich von 47341 Anfang Januar 1931



Der Frühling fordert

zum Schutze Ihrer durch die winterliche Kleidung verweichten Haut sorgfältige Pflege mit

NIVEA-CREME

Nivea-Creme dringt infolge ihres Euzeritgehalts tief ein, nährt u. kräftigt das Gewebe und regt die Zellaktivität an. Sie verursacht also jenen belebenden Impuls, in dessen Verlauf die Haut ihre natürliche Glätte und Spannkraft und damit das geschätzte zarte, jugendfrische Aussehen wieder gewinnt. Es gibt keine andere Creme, die das heutige Euzerit, das die Nivea-Creme sozusagen zum naturgegebenen Hautpflegemittel macht, enthält, und Nivea-Creme kann daher auch nicht durch etwas angeblich „ebenso gutes“ ersetzt werden.

Nivea-Creme: Zt. 0,40 bis 2,60

Freie Stadt Danzig.

Eine Blutat in Neuteich.

Dienstag nachmittag wurde der Stadtverordnete Gruhn in Neuteich von dem Arbeiter Rudzinski erschossen.

Die Polizei gibt über den Vorfall folgende Darstellung: Am 3. Mai fand in Neuteich Bullenauktion statt. Bei dieser Gelegenheit hatte sich der Arbeiter Rudzinski stark betrunken. Nachmittags ging er in die Stadt und wurde unterwegs von mehreren Frauen wegen seiner Trunkenheit ausgelacht. Dieses ärgerte ihn und er beschimpfte die Frauen. Darauf stellte ihn die Frau des Arbeiters und sozialistischen Stadtverordneten Gruhn zur Rede und schimpfte ihn aus. Rudzinski gab der Frau darauf eine Ohrfeige. Frau Gruhn holte ihren Ehemann und ging mit ihm den Rudzinski suchen. Beide trafen Rudzinski vor dem Deutschen Haus. Gruhn stellte Rudzinski zur Rede und schlug schließlich mit einem Schirm auf Rudzinski ein. Zuflüchtig fanden drei Nationalsozialisten vorbei, die sich zu einer Versammlung begaben. Sie ergriffen Partei für Rudzinski, der gleichfalls der Nationalsozialistischen Partei angehört und suchten Gruhn von ihm fortzuhalten. Gruhn fiel hierbei zu Boden. Jetzt zog Rudzinski, der wohl außerste gereizt war, eine Pistole und gab mehrere Schüsse auf Gruhn ab, die ihn tödten. Rudzinski ist festgenommen. Die Mordkommission stellt in Neuteich die notwendigen Erhebungen an.

Aleine Rundschau.

Was haben die Steinzeitmenschen gegessen?

Das Kunstturnen der Deutschlandriege am Sonnabend, dem 7. Mai, abends 8 Uhr bei Kleinert ist ein ganz seltenes und in der Geschichte unseres heimischen Turnens noch nie dagewesenes Ereignis. Wir können allen unseren Mitbürgern den Besuch dieser Veranstaltung nicht warm genug empfehlen. Neben der vollen Kunst der Meister am Gerät werden noch Reigen und gymnastische Vorführungen der Turnerinnen geboten. Bei dem Kommerz nach den turnerischen Darbietungen kommt auch das ernste und heitere Turnerlied zu seinem Recht. Es wird empfohlen, sich rechtzeitig Karten im Vorverkauf bei D. Bernick, Buchhandlung, zu besorgen. Nummerierte Plätze 2, alle übrigen Saalplätze 1 Zloty. M.-T.-B. Bromberg. (4484)

ph Schulz (Solec), 3. Mai. Auf dem gestrigen Wochenmarkt kostete die Butter 1,50—1,70, Eier 0,90 bis 0,95, Weißkäse 0,30—0,35, Kartoffeln 2,60—3,00.

z Inowrocław, 5. Mai. In der Zeit vom 9. bis 14. Mai findet in Inowrocław die Aushebung der Rekruten der Stadt Inowrocław statt. — Am Montag fuhr das Auto der Firma „Rozbudowa“ auf dem Wege zum Bahnhof gegen eine Gaslatern, so daß diese umgerissen wurde. Auch das Auto wurde stark beschädigt und mußte mit einem Lastauto abgeschleppt werden. Der Ingenieur sowie der Chauffeur kamen mit leichten Verletzungen davon.

z Mogilno, 5. Mai. Diebstähle. In Mylicz wurden dem dortigen Einwohner Kofman zwei Zentner Fleisch gestohlen. — In Ludzik drangen Diebe in die Scheune der Gräfin Aniela Dabska ein und entwendeten dort 200 Kilo Roggen.

00 Debeneke (Debionek), 3. Mai. Das diesjährige Kreisfest des Jugendbundes für entschiedenes Christentum wurde am Sonntag, 1. Mai, in der feierlich geschmückten Kirche unter großer Anteilnahme begangen. Bei der Hauptfeier dienten Prediger Schulz, Nakel, Prediger Glat, Falkenthal und Pfarrer Horst, Debeneke mit dem Wort. Chorgesänge und Gedichtvorläufe verschönten das Fest. Prediger Schulz schloß die Feier mit einem Dank an alle Erschienenen. Nach den kirchlichen Feiern begaben sich die Jugendbundmitglieder nach dem Pfarrhause, wo sie noch mit Kaffee und Kuchen bewirtet wurden.

00 Budewitz (Budzewitska), 5. Mai. Heute Nacht besuchten ungebettete Gäste den verschlossenen Hühnerstall des Landwirts Busse in Główno und stahlen zehn Legehühner und einen Hahn. Durch das mütende Anschlagen der Hunde wurde Busse aus dem Schlafe geweckt. Er öffnete ein Fenster, worauf die Diebe, zwei an der Zahl, sich in ihrer Arbeit gestört sahen und die Flucht ergriffen.

00 Posen (Posznat), 5. Mai. Durch einen Steinwurf eines 17jährigen Burschen wurde der 9jährige Arbeitersohn Ben aus der Ziegelstraße 54 an den Kopf getroffen, so daß die Schädeldecke zertrümmert wurde und der Knabe in Lebensgefahr schwebt. Der Täter setzte sich, als er von dem Vater des verletzten Knaben energisch zur Rede gestellt wurde, mit einem Taschenmesser zur Wehr, konnte aber durch eine handgreifliche Aktion zur Räson gebracht und der Polizei zur weiteren Veranlassung übergeben werden. — Spurlos verschwunden ist seit dem 28. n. M. die 22jährige Bureaugehilfin Teofila Boli. Sie befand sich im Besitz von 250 Zloty. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß sie das Opfer eines Verbrennens geworden ist. — Bei der Errichtung eines Birkuszeltes auf dem fr. Lunapark in Jersik stürzte Kazimierz Linowski aus bedeutender Höhe ab und zog sich einen schweren Bruch des rechten Oberschenkels zu. — In der fr. Dominikanerstraße verfolgte ein Soldat zwei verdächtige Personen, die im Besitz eines umfangreichen Pakets waren. Als diese sich beobachtet sahen, versteckten sie das Paket und machten sich schleunigst aus dem Staube. Das Paket, das Kassefass enthieilt, wurde bald aufgefunden und von der Polizei in Verwahrung genommen. — Der „Goniec Bielski“, ein von kleinen Leuten ehedem viel gelesenes polnisches Blatt, das vor einigen Wochen seinen Titel geändert hatte, hat mit Beginn dieses Monats wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten sein Erscheinen eingestellt.

Lieutenant Neri, ein italienisches Fliegende.

Während des bevorstehenden Weltkrieges um den Weltkrieg in der Luft wird der englische Flieger Stainforth, der Bestatter des Schneiderpokals, einen schweren Stand haben. Es ist ihm in der Person des italienischen Fliegerleutnants Neri ein gefährlicher Konkurrent erwachsen. Bei dem letzten Wettkampf erreichte Stainforth eine Geschwindigkeit von über 600 Stundenkilometer. Italien hatte damals seine Teilnahme am Wettkampf angemeldet, mußte sich aber im letzten Moment zurückziehen. Es hatte sich nämlich während der Probeflüge über den Gardasee herausgestellt, daß die italienischen Flugzeuge die auf sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllten. Nach der Austragung des Schneiderpokals betrachteten jedoch die Italiener ihre Sache noch nicht als verloren, sondern setzten mit doppeltem Eifer das Training am Gardasee fort. Am 10. Mai soll über dem Gardasee ein Probeflug gemacht werden. Die italienische Presse gibt der Hoffnung Ausdruck, daß bei diesem Flug der 600-Kilometer-Rekord des Lieutenant Stainforth bei weitem überboten werden wird. Mussolini, der sich für den Ausgang des Weltkampfes persönlich interessiert, wählte zu diesem Zweck den jungen Piloten Neri. Er wird in Italien als Fliegende bezeichnet. Die italienischen Blätter bringen das Bild Neri und widmen dem jungen Piloten begeisterte Notizen.

Berlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant,
im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Heppke; für Anzeigen und Reklame: Edmund Przygoda; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. v. s. f. in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 103 und „Die Scholle“ Nr. 9.

Bromberg, Sonnabend den 7. Mai 1932.

Pommerellen.

6. Mai.

Graudenz (Grudziadz).

Dem Turnen, dieser „besten Medizin“,

wie es in dem bekannten Liede heißt, galt das vom Sportklub Graudenz am Mittwoch abend im Gemeindehaus veranstaltete Frühlingsfest. Den besonderen Stempel drückte der Veranstaltung das Auftreten einer jekstöpfigen deutschen Musterriege auf. Voller Erwartung sah man den Vorführungen entgegen, und — es sei im voraus gesagt — sie wurden nicht nur restlos erfüllt, sondern weit übertroffen.

Um gleich auf diesen Glanzpunkt des Abends näher einzugehen, sei zunächst der einleitenden Begrüßungsworte des Gymnasialdirektors Hilgendorf namens der Turnabteilung des Sportklubs Erwähnung getan, in denen er den Gästen für ihr Kommen Dank sagte und die Hoffnung ausdrückte, daß ihre Darbietungen bestechend auf das hiesige Turnwesen wirken möchten. Studienrat Dr. Thiem aus Dresden, der s. Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft und einer der beiden Führer der Musterriege, gab sodann in einer kurzen Ansprache, in der er für die Begrüßung dankte, dem zahlreichen Festpublikum einige Ausklärung über die Aktionen, die sich in der Neuzeit in der Art und Ausübung des Turnens vollzogen haben. Der alte Typ des einseitigen Kraftturnens sei auf Nimmerwiederkehr vorüber; heute gelte es, gründlicher, gediegener und vielseitiger zu werden, das Turnen zu einem Quell der Anregung, des erhöhten Reizes zu machen. Ein Bild hierzu würden die folgenden Turnvorführungen bieten, von denen man hoffen dürfe, daß sie auch hier anregend, fördernd und weitergestaltend wirken mögen.

Und dann sahen wir, von Direktor Schneidler vom Institut für Leibesübungen an der Handelshochschule in Leipzig, dem Männerturnwart der Deutschen Turnerschaft, einzelnen (auch während der turnerischen Produktionen) vorgetestet, die sechs Mitglieder der Musterriege ihr können unsren staunenden Augen präsentieren. Es waren dies Pogal, Messerschmidt (Senior, 38 Jahre alt), Pfau und Schumacher, sämtlich aus Leipzig, sowie Dietrich und Johnke aus Berlin. Zunächst zeigten sie ihre Kunst (denn um wirkliches Kunstturnen handelt es sich hier) am Barren, führten dann Kürfreibungen, weiter Produktionen am Pferd und schließlich am Reck vor. Es waren durchweg Gipfelleistungen. Hier konnte der Besucher bewundernd erkennen, zu welchen kaum glaublichen turnerischen Leistungen bei voller Anspannung seiner Körpermöglichkeiten, seiner Energie und Ausdauer, seiner Muskulatur und geistigen Regsamkeit unter sachverständiger Leitung der Turner es bringen kann. Der Late ist natürlich nicht imstande, Wert und Schwierigkeit im einzelnen gerügt zu beurteilen; für das Große, Schöne aber, das in diesem modernen Turnbetrieb liegt, hat aber gewiß auch er ein treffliches Gesäß. Waren z. B. die von blühender Beweglichkeit und Gewandtheit zeugenden Scheren und Schichten am Pferd für den einen speziell bewundernswert, so ergötzen das Auge des andern vielleicht ebenso sehr die ästhetisch erhabenden, für uns hier noch fremdartigen, auf ganz eigener Basis kombinierten Freiübungen. Die Übungen am Barren (mehr womöglich noch als am Reck) erregten nicht minder berechtigtes Staunen. Dass als Ziel dieses Turnens völlige Ausgeglichenheit, Harmonie und Ausbildung des gesamten Körpers gelten, stell sofort ins Auge. Solche Spitzenleistungen von Turnern zu erreichen, die wie diese kürzlich beim Städtecamp Hamburg-Berlin-Leipzig vor 15 000 Zuschauern in Leipzig Siege davongetragen haben, ist selbstverständlich nicht vielen Turnenden gegeben; der Durchschnittsturner wird aber ihnen nachzueifern bestrebt sein, um wenn möglich, mehr als nur ein gewisses Mittelmäss zu erzielen. Dazu sollen diese Kunstuhrdarbietungen anstreben, und das werden sie. Dass sie ganz ungewöhnlich fürrischen, nicht endenwollenden Beifall erzielen, bedarf danach eigentlich kaum der Erwähnung.

Vorher hatten auch unsere STG-Mitglieder Proben ihres ebenfalls ganz respektablen Könnens gegeben, so die Turnerinnen in Übungen am Barren, die Turner in Freiübungen (Körperschule) und die Turnerinnen als Abschluß der heimischen Vorführungen in einem „Girltanz“ (eine Art reizvoller, rhythmischer Freiübungen). Letzgenannte Programmnummer bedurfte, da beim ersten Male nicht ganz geübt, einer Wiederholung. Anerkennung verdient es, daß im STG Gymnasial-Turn- und Sportlehrer Stempel sich der Pflege der zeitgemäßen Turnbetätigung eifrig und mit bestem Erfolge annimmt. — Den Rest des Festabends sollte ein flottes Tänzchen ans.

Über Empfangsstörungen im Radio werden seitens der Radiointeressenten Klagen laut. Sie richten sich an die Adresse der Direktion der städtischen Straßenbahn, deren Verkehr nämlich die Verursacherin dieser Beeinträchtigungen sei. Die Umschaltung des Motors zu schnellerem oder langsamerem Lauf, jeder Funken in den Bügeln rufe in den Radioempfangsapparaten unerträgliche Geräusche hervor. Diese Erscheinung sei bei den einzelnen Wagen verschieden. Während manche Wagen verhältnismäßig sanft durchfahren, ließen sich andere im Empfänger schon auf mehrere hundert Meter hören. Es spreche das dafür, daß nicht alle Wagen genügend in Ordnung seien. Bei gutem Willen der Straßenbahnleitung lasse sich hier viel bessern, um so mehr, als diese eine eigene Werkstatt besitze. In ihr könne man ohne größeren Aufwand die Kohlenbürtchen bei den Motoren einer gründlichen Kontrolle und Reinigung, die Kontakte und die das lästige Geräusch erzeugenden Umschalter besser dichten, entsprechende Drosseler einsehen usw. Vielleicht wäre auch eine sorgsamere Bedienung durch die Wagenführer angezeigt. In einer Zeit, in der es gelte, dem modernen Fortschritt Genüge zu tun, dürfte von der Straßenbahn nicht nur eine sachgemäße und bequeme Beförderung der Passagiere, sondern auch Rücksichtnahme auf die Ruhe und Nerven der Bürgerschaft erwartet werden.

Gesetzter Dieb, Maria Raczkowska aus Roggenhausen (Rogózno), Kreis Graudenz, wurde in der Bahnhofswartehalle 200 Złoty Geld und ein Paar Schuhe im

Werte von 20 Złoty gestohlen. Sie meldete ihren Verlust der Polizei, und dieser gelang es, unmittelbar nach der Tat als den Schuldigen einen gewissen Ignacy Dorota zu ermitteln und festzunehmen. *

× Zwei Fahrräder (Eigentum von Viktor Falikowski, Słowno (Zielno), Kreis Graudenz, bzw. von Klara Baranowska, Mühlstraße (Młyńska) 19) sind laut letzter Diebstahlchronik entwendet worden. Die Räder waren 150 und 120 Złoty wert. Ferner sind dem Drogierbesitzer Hanuszewski von seinem Autobusbahnhof 32 Liter Öl sowie zwei Taschentücher im Werte von 120 Złoty und Bronisław Kęsiak aus dem Restaurant Boeslershöhe sein Sommerspaletot im Werte von 100 Złoty gestohlen worden. — Dem Mittwoch-Polizeibericht zufolge wurden drei Diebe festgenommen, sowie zwei Chauffeure und ein Wagenlenker wegen Zu widerhandlungen gegen verkehrspolizeiliche Vorschriften zur Bestrafung aufgezeichnet. *

× Für die Volksküche will der Magistrat 100 Zentner Erbsen ankaufen. Mündliche und schriftliche Offerten sind im Rathaus, Zimmer 118, abzugeben. *

Thorn (Toruń).

Vergessen Sie nicht, Ihre Antenne zu erden!

Drei Personen durch Blitzschlag verletzt.

Ein Witter überzog gestern gegen 5 Uhr nachmittags die Stadt. Ein Blitz schlug in das Haus des Herrn Müller, Podgoria 33, und gelangte durch die nicht geerdete Antenne in die Wohnung des Mieters Franciszek Lewandowski.

Drei Personen, die sich in dem Zimmer befanden, erlitten Verbrennungen und zwar zwei leichte Verbrennungen, während der Wohnungsinhaber eine Gehirnerschütterung davontrug und in bedenklichem Zustande in das Krankenhaus geschafft werden mußte.

Ein zweiter Blitz schlug in einen Feuermelder der Feuerwehr und vernichtete ihn teilweise. **

† Der Wasserstand der Weichsel betrug Mittwoch früh, in ständigem Zurückgehen, begriffen, 201 Meter über Normal. — Aus Warschau trafen mit Passagieren und Gütern ein die Dampfer „Jagiello“, „Reduta Ordona“ und „Warszawa“; nach Warschau starteten die Dampfer „Belwedera“, „Mickiewicz“, „Warszawa“, ferner „Gdańsk“ mit vier mit Gütern beladenen Röhnen, die zum Teil für Błocławek bestimmt sind, und der Motorschlepper „Kollataj“ mit zwei Röhnen mit Stückgütern. Dampfer „Uranus“ fuhr nach Danzig ab. Auf der Fahrt von dort nach Warschau passierte Dampfer „Stanisław“ die Stadt und auf der Fahrt von Warschau nach Danzig Dampfer „Pośpiešys“. **

† Apotheken-Nacht Dienst bis Donnerstag, 12. Mai, morgens 9 Uhr einschließlich, sowie Tagesdienst am Sonntag, 8. Mai, hat die „Adler-Apotheke“ (Apteka pod Orłem), Altstädtischer Markt (Stary Rynek) 4, Fernsprecher 7. **

v. Die diesjährige Podenimpfung findet, wie der Magistrat bekanntgibt, in den Tagen vom 6. bis 20. Mai in den Volksschulen statt, und zwar für die einzelnen Stadtteile: Altstadt: am 6. Mai, 14 Uhr, in der Schule Gerechtsamestraße (Prosta); Neustadt: am 6. Mai, 15 Uhr, in der Schule Gerechtsamestraße; Bromberger Vorstadt: am 10. Mai, 14 Uhr, Schule Schulstraße (Sienkiewicza); Mokotów: am 12. Mai, 14 Uhr, Schule Goethestraße (Bażyński); Culmer Vorstadt: am 11. Mai, 14 Uhr, Szkoła Pom., Culmer Chancce (Chelmńska Szosa); Łuków Vorstadt: am 13. Mai, 14 Uhr, Schule Leibnizstraße (Lubicka). Impflichtig sind alle Kinder, die im Jahre 1931 geboren, ferner die in den Jahren 1939 und 1929 geborenen Kinder, die bisher überhaupt nicht über ohne Erfolg geimpft worden sind, und schließlich alle im 7. Lebensjahr stehenden Kinder, welche bisher nicht zum zweiten Male geimpft bzw. ohne Erfolg geimpft worden sind. Die Besichtigung der geimpften Kinder findet sieben Tage nach den Impfterminen an derselben Stelle statt. Zur Impfung und Besichtigung müssen die Kinder mit reiner Wäsche erscheinen. Kinder aus Häusern, in denen ansteckende Krankheiten herrschen, werden zu den Impfungen in den öffentlichen Impflokalen nicht zugelassen. Weiteres ist auch aus den angeschlagenen Bekanntmachungen ersichtlich. **

k. Straßenunfall. Mittwoch nachmittag nach 5 Uhr wurde in der Baderstraße (ul. Łazienka) ein etwa zwölfjähriges Mädchen von einem Militärauto erfaßt, vom Kotflügel umgerissen und am Hals glücklicherweise nur leicht verletzt. Die Schuldfrage wird durch die Polizei geklärt. **

† Überfahren wurde Dienstag nachmittag in der Sportstraße (ul. Gen. Bema) durch einen Radfahrer die in der Breitestraße (ul. Szeroka) wohnende Amanda Kołodziejska. Sie erlitt ziemlich erhebliche Verletzungen. Der Radfahrer konnte in der Aufregung unerkannt entkommen und wird durch die Polizei gesucht. **

† Bei einer Schlägerei, die sich Montag nachmittag in der Mauerstraße (ul. Podmurna) entwickelte, wurde die dort im Hause 48 wohnende Maria Redmerska durch Stanisław Goździak und Anastazja Czarnecka, beide in der Strobandstraße (ul. Małe Garbarskie) 19 wohnhaft, so übel zugerichtet, daß sie sich in ärztliche Behandlung geben mußte. **

† Eine blutige Straßenschlacht entspann sich in der Nacht zum Mittwoch gegen 4 Uhr in der Brückenstraße (ul. Mostowa) zwischen Jan Winczewski, dem Kapitän des Dampfers „Gdańsk“, Emil Schmidt und dem Kahn-eigentümer Fritz Nietsch. Dabei wurde der Erstgenannte, der 21 Jahre alt ist und Krämerstraße (ul. Rabiańska) 8 wohnt, durch Messerstiche schwer verwundet, so daß er in das städtische Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Die Polizei führt eine Untersuchung. **

† Festgenommen wurden am Montag und Dienstag eine gesuchte Person, eine Person wegen Bagabundance und Bettelei, eine wegen Betruges und eine Person, die der Sittenabteilung überantwortet werden mußte. Wegen Trunkenheit erfolgten vier Sässierungen. — Zur Ablaufung und Protokollierung gelangten drei Diebstähle, ein Betrug, ein Fall von unrechtmäßiger Aneignung, acht Über-tretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften, vier Zu widerhandlungen gegen sanitäre bzw. sitzenpolizeiliche Verordnungen und ein Fall von unrechtmäßiger Emission. **

Es gibt nur ein Mittel

zur Bekämpfung so häßlicher Hautunreinheiten, wie Sommersprossen, Pickel, Mitesser usw. Waschen Sie sich nur täglich mit der unvergleichlich guten Herba-Seife und Sie werden von diesen Hautübeln schnellstens befreit sein. Vergessen Sie aber auch nicht, die Haut nach dem Waschen durch die hervorragende Herba-Creme vor allen schädlichen Einflüssen des Wetters und der Sonne zu schützen. Herba-Seife und Herba-Creme von Obermeier & Co. sind die wirksamsten Hautpflegemittel, die jemals hergestellt wurden. In allen einschlägigen Geschäften erhältlich. 37150R

ef. Briesen (Babrzewno), 4. Mai. Diebe brachen in den Speicher des Landwirts Nastynski in Arnoldsdorf ein und stahlen mehrere Zentner Getreide.

ef. Schönsee (Kowalewo), 4. Mai. Diebe brachen bei dem Uhrmacher Dunnaffi ein und stahlen 18 Herren- und Damenuhren. Nachforschungen der Polizei ermittelten die Täter, die aus Galizien hierhergekommen waren, angeblich um „Arbeit“ zu suchen.

* Czerst, 4. Mai. Durch Feuer, das am vorletzten Apriltag vermutlich durch einen schadhafte Schornstein ausbrach, wurde dem Landwirt Wincenty Schmidt in Czerst-Abbau das Wohnhaus nebst einem Inventar im Werte von rund 3000 Złoty zerstört. S. ist bei zwei Gesellschaften auf insgesamt 7000 Złoty versichert.

m. Dirszan (Czajew), 5. Mai. Bei der Firma Kiedrowski wurde fürzlich ein Kohledeckstahl ausgeführt, wobei den Dieben elische Zentner Kohlen in die Hände fielen. Der Polizei gelang es, die Täter zu ermitteln. — In der letzten Nacht drangen bisher unbekannte Täter in die Neustadtshalle ein und dann in die Handelschule, wo sie eine kleine Summe zu stehlen vermochten.

c. Münsterwalde, 2. Mai. Zwei Diebstähle wurden in der Gemeinde Apłlinki (Apłlinki) verübt. Bei dem Gutsbesitzer Reichhoff wurden Kartoffeln aus der Miete gestohlen. Im anderen Falle handelt es sich um einen Einbruchdiebstahl bei der Witwe Konczyk. Die Frau lebt mit ihren 5 unerwachsenen Kindern in der größten Not. Der Vater starb vor einigen Wochen nach langem Krankenlager. Man hat der beklagenswerten Frau und den Kindern sämtliche Kleider und Wäsche gestohlen, wie auch die letzten Lebensmittel. — Das Hochwasser ist bis auf einen kleinen Teil der Niederung zurückgegangen. An eine Frühjahrsbestellung der überschwemmt gewesenen Acker ist bis auf weiteres nicht zu denken, trotz des trockenen Wetters.

d. Gdingen (Gdynia), 5. Mai. Selbstmord zu begreifen versuchte heute die 25jährige Marie Mariewska, wohnhaft in der Danzigerstraße, indem sie eine größere Menge Essigessenz zu sich nahm. Sie wurde rechtzeitig ins Krankenhaus gebracht, so daß ihrem Leben keine Gefahr droht. — Zwei Diebstähle wurden in der vergangenen Nacht verübt. Durch ein Kellerfenster drangen unbekannte Diebe in die Wohnung des Schlossers Alfons Bielski ein und stahlen Wäsche und andere Gegenstände im Werte von 300 Złoty. Die Polizei ist auf der Spur der Täter. Den zweiten Diebstahl verübt bis jetzt unbekannte Diebe zum Schaden des Hausbesitzers Meier, dem sie zwei Mäntel und zwei Anzüge im Werte von 800 Złoty stahlen. Man fand die Diebesbeute in einem Sack unweit des Tatortes. — Im Hof verunglückte bei der Arbeit der Arbeiter Franz Muchowski, der schwere Quetschungen davontrug, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

* Schwedz (Swiecie), 4. Mai. Ein nächtigender Landstreicher durfte auf dem Gute Niewiescin, Pächter Hermann Kohn, den Brand eines 12 000 Złoty Wert besitzenden Strohstakens verursacht haben. Der Schaden soll durch Versicherung gedeckt sein.

g. Stargard (Starogard), 3. Mai. Einen schweren Unfall erlitt der Sohn des Sägewerksbesitzers Wendorff aus Milosken. Er wurde durch eine zu früh losgegangene Sprengladung an beiden Händen und im Gesicht verletzt und mußte in das städtische Krankenhaus eingeliefert werden. — Am vergangenen Sonnabend veranstaltete der Gesangverein einen Begrüßungsbau. Eingekehrt wurde er durch verschiedene Frühlingsgäste. Der darauffolgende urkomische Einakter: „Nur Mut! Es wird schon schief gehen!“ fand starken Beifall und löste Lachsalven aus. Gemeinsamer Tanz beendigte den wohlgelebten Abend. — Am Montag fand im Deutschen Club die Jahreshauptversammlung des Rudervereins statt. Laut Bericht wurden 1931 487 Fahrten gemacht. Der Verein zählt 47 Mitglieder, davon ca. 20 Aktive. Neuausgenommen wurden vier Herren. Der Vorstand wurde bis auf den Hauswart wiedergewählt, Hauswart wurde Herr Witt.

Graudenz.

Thorn.

Paßbilder

in 1/4, Stundelieferbar

nur bei 4344

* Bedeutet anschließende

Abendmahlfeier.

Evangel. Gemeinde

Graudenz, Borm. 9/1 Uhr

mästl. Morgenfeier

auf dem Kirchplatz, 10 Uhr

Festgottesdienst des Bandes

der Kindergottesdienste

Sup.-Bew. Pfr. Schulz,

Bew. 11/12 Uhr

Festgottesdienst

Sup.-Bew. Oberpfr. Student,

Birnbaum, abends 8 Uhr

Gemeindeab im Gemeinde-

hause, Montag, nachm. Uhr

Prüfung sämtl. Konfirman-

ten durch Sup.-Bew. Pfr.

Baldrian, abends 8 Uhr

Festgottesdienst

Kathol. Kirche, 10 Uhr

Gottesdienst

Dromberg, Sonnabend den 7. Mai 1932.

Der Alarm um Danzig

ein Polen erwiesener Dienst.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Von den alarmierenden Meldungen der „Daily Express“ und des „Daily Herald“, wonach am 1. Mai bei nahe eine polnische Invasion in Danzig erfolgt wäre, die glücklicherweise auf einen Wink aus Paris hin widersehen worden sei, erfuhr Warschau erst am 2. d. M. und nahm sie mit völiger Teilnahmslosigkeit auf. Das ist psychologisch leicht zu erklären. Das Publikum ist von überpfefferten Propaganda-Artikeln und Sensationsnachrichten so sehr überzählig, daß es nicht mehr recht weiß, wann es seine Pflicht sei, sich aufzuregen. Aber wie sehr man auch hierzulande über die außenpolitischen Belange des Staates orientiert ist und infolge dessen vielleicht manches Unglaubliche zu glauben imstande wäre, so ist doch festzustellen, daß die Phantasie der breiten Massen der polnischen Bevölkerung keine bestimmte Richtung für ihre Unheilsverwaltung gewählt hat. Das Unheil, das man vorausfählt, hat nicht das Gesicht eines konkreten Konflikts, am wenigsten eines Konflikts — wegen Danzig. Nennt man Gedanken, so reagiert das Empfinden vieler Leute sofort und lebhaft, aber Danzig ist für sie ein gat zu verwickelter Ideenkomplex. Der Durchschnittsbürger begreift wahrhaftig nicht, um was es sich eigentlich in all den Streitfächern mit und wegen Danzigs handelt, die zu so vielen Entrüstungsartikeln in manchen Zeitungen Anlaß geben. Er weiß nur ungefähr: Dahinter steht der Deutsche. Aber wo steht der Deutsche eigentlich nicht? Warum soll man sich also gerade wegen Danzig den Kopf zerbrechen?

In der reichsdeutschen Presse wurde aus Anlaß der „Daily Express“-Meldung über den nicht zustande gekommenen „Einbruch“ in Danzig an die seinerzeitige Expedition Zeligowski gegen Wilna erinnert, um die Möglichkeit einer ähnlichen Unternehmung gegen Danzig darzutun. Es kann keine falsche Analogie geben. Damals waren alle günstigen Bedingungen dafür vorhanden, daß Polen eine vollendete Tatsache schaffte. Die Bolschewisten waren eben von Polen geschlagen, die Stimmung im Lande war großartig, alle hindernden Kräfte gebunden, und schließlich — das ist doch die Hauptache — war das Wilnaer Land wenn nicht überwiegend polnisch, so doch alles eher als litauisch. Wie grundverschieden von den damaligen Umständen sind die jetzigen Verhältnisse bezüglich Danzigs!

Was könnte Polen mit einem Einbruch in Danzig bewecken? Was könnte es zu erreichen hoffen? Man stelle sich nur die Situation vor, die geschaffen wäre, wenn Polen durch verkleidetes Militär sich Danzigs bemächtigen und es besetzen würde. Würde es sich nicht vor der ganzen Welt ins Unrecht sezen und Deutschland den größten Dienst leisten, den man sich nur denken kann? Könnte Frankreich einem angreifenden Polen Beistand leisten? Würde Polen nicht sofort zumindest diplomatische Interventionen der Hauptmächte Europas heraufbeschwören, was zwangsläufig die Anderungen am Status quo der Versailler europäischen Ordnung, gegen welche sich Polen mit allen Kräften wehrt, in Gang bringen müßte. Und würde Deutschland gelassener Zuschauer bleiben? Und wie leicht könnten dabei aus diplomatischen Ungeschicklichkeiten sich direkt in einen Weltbrand führende Situationen ergeben?

Am unsinnigsten ist die irgendwo ausgesprochene Annahme, daß der Anschlag gegen Danzig irgendwelche vor der Regierung unabhängigen oder gegen ihren Willen handelnde Organisationen geplant haben könnten. Die Schützen und andere offizielle waffenträgende Organisationen sind militärisch kontrolliert und den maßgebenden offiziellen Faktoren unbedingt gehorsam. Die oppositionellen Nationalisten aber vom Obwiewol, auch wenn sie sich phantastischerweise in ein gefährliches Unternehmen gegen den Willen der Regierung einzulassen Lust hätten, verfügen höchstens über „Streitkräfte“ zur Inszenierung eines kleinen Judenpogroms unter Inanspruchnahme der Toleranz der Polizei. Kurz: der ganze Einfall war ein Knäuel von Undenkbartheiten — wenigstens vom Standpunkte des gesunden Menschenverstandes aus.

Hente, da die Sache mit dem polnischen Einfall in Danzig schon an der Weltglocke hängt, wird der Durchschnittspole, den viel mehr die Frage, ob er morgen zu essen haben wird, als die ganze Weltpolitik einschließlich Danzigs interessiert, durch die Zeitungsnachrichten über den seltsamen Fall aus seiner Apathie aufgeschreckt; er beginnt, aufmerksam die offiziellen Kommentare zu lesen und ist geneigt, sich die offizielle Deutung zueignen zu machen.

Die Regierung kann sich Glück wünschen, daß ihr plötzlich durch den Weltalarm wegen Danzigs ein sicher unerwarteter, innerpolitischer und möglicherweise auch ein außenpolitischer Erfolg in den Schoß gefallen ist. Sie ist auch ganz guter Laune, was aus den spöttischen Ausführungen der „Gazeta Polska“ ersichtlich ist, die dem Hohen Kommissar Gravina ihr „wirkliches und herzliches Beileid ausdrückt“.

Die Entscheidung des Grafen Gravina.

Die Vorwürfe der polnischen Presse sind nicht stichhaltig.

(Von unserem ständigen Mitarbeiter)

Danzig, 8. Mai 1932.

Bei all den ungerechten Urteilen polnischer Blätter, die über den Hohen Kommissar anlässlich seiner vorläufigen Entscheidung über den Danziger Veredelungsverkehr gefällt wurden, ist das des „Kurier Warsawski“ besonders abwegig und irreführend. Das Blatt hat in seiner Nr. 94 behauptet, Graf Gravina habe geurteilt, ohne sich an Sachverständige um ihre Meinung zu wenden. Und ebenso abwegig sind die Aussagen der „Gazeta Polska“ in Nr. 90, daß Graf Gravina den Antrag Polens auf Entscheidung verschleppt, daß die Danziger Zollverwaltung die

Gehorsamspflicht gegenüber der polnischen Zentralzollverwaltung verletzt habe bezüglich deren Maßnahmen über den Veredelungsverkehr, auf den Antrag Danzigs über in blühdartigem Tempo seine Entscheidung gefäßt habe. Der Hohe Kommissar habe sein Verfügungsrrecht überschritten und sich in das Gebiet der gesamt-polnischen Zollpolitik gedrängt, wo niemand anders als der polnische Finanzminister zu entscheiden habe.

Die leste Behauptung zuerst! Zwar heißt es in Artikel 202 des Warschauer Abkommens, daß „die polnische Zentralzollverwaltung die Beobachtungen, deren weitere Verfolgung sie zur Durchführung ihrer Kontrollbefugnisse nach Art. 14 des Vertrages für erforderlich hält, der Danziger Zollverwaltung zur Stellungnahme mitteilen“ wird. „Soweit diese dem Ersuchen nicht entspricht, steht der polnischen Zentralzollverwaltung das Recht der Entscheidung zu“ usw.

Aber dieser Artikel ist nur einer von vielen, die das Verhältnis der Danziger Zollverwaltung zur polnischen Zentralzollverwaltung regeln. Es ist selbstverständlich, daß die polnische Zentralzollverwaltung ihre Entscheidungen nur fällen kann

im Rahmen der vertraglichen Bestimmungen.

Geschieht das nicht, so ist das Verfahren durch Artikel 39 des Pariser Vertrages geregelt, der besagt:

„Jede zwischen Polen und der Freien Stadt an kommende Meinungsverschiedenheit in bezug auf diesen Vertrag oder alle anderen späteren Abmachungen, Vereinbarungen und Abkommen, oder alle die Beziehungen Polens und der Freien Stadt berührenden Fragen soll von der einen oder anderen Partei der Entscheidung des Hohen Kommissars unterbreitet werden, der die Angelegenheit, falls er es für nötig erachtet, an den Rat des Volksbundes verweisen kann“ usw.

Es ist also nicht so, daß der Hohe Kommissar sein „Verfügungsrecht“ überschritten hat und sich in das Gebiet der gesamt-polnischen Zollpolitik „gedrängt“ habe, denn die Fassung des Art. 39 des Pariser Vertrages läßt keinen Zweifel aufkommen, daß auch die Zollfragen in das Entscheidungsgebiet des Hohen Kommissars gehören. Es ist also auch nicht so, daß „niemand anders als der polnische Finanzminister zu entscheiden“ habe. Man sollte sich also in der Redaktionssäule der „Gazeta Polska“ erst einmal die Verträge ansehen, bevor man derartige nicht stichhaltige Behauptungen in die Welt setzt.

Dass der polnische Finanzminister ein Entscheidungsrecht nur im Rahmen der Verträge hat, versteht sich von selbst. In Artikel 197 Ziffer 45 wird bestimmt: „Sollte nach Abschluß dieses Abkommens die polnische Regierung eine Änderung der Zollgesetzgebung, des Zolltarifes oder einer der Verordnungen des Abs. 1, soweit sie den

Veredelungs-, Niederlage- und Standungsverkehr

betreffen, vornehmen wollen, so wird sie rechtzeitig den Vertretern der Regierung der Freien Stadt sowie den von ihr ernannten Vertretern der Interessentenkreise Gelegenheit zur Auktionierung geben. Vor der Änderung sonstiger Zollbestimmungen werden die Vertreter der Regierung und der Interessentenkreise der Freien Stadt insoweit gehört werden, als auch die Vertreter der Interessentenkreise der Republik Polen gehört werden. Die Regierung Polens wird in ihren Zollgesetzen und in ihren Zolltarifen die Interessen der Freien Stadt nach Möglichkeit schützen.“

Und das Zusatzabkommen vom 21. 12. 21 sagt in § 5 ausdrücklich noch weiter über den Veredelungsverkehr — und darum dreht es sich jetzt gerade —: „Als Veredelungsverkehr wird auch behandelt, wenn Danziger Betriebe Rohstoffe, Halbfabrikate und Fertigfabrikate aus dem Auslande einführen und die daraus erzeugten Fabrikate oder eine gleiche Menge von Halbfabrikaten bzw. Ganzfabrikaten oder Waren derselben wieder in das Ausland zurückführen. Einführen der genannten Materialien usw. genießen Zollfreiheit.“

In der Anlage II zum Warschauer Abkommen heißt es ferner u. a. in Art. 18 Ziffer 1: „... wird Danziger Betrieben, die zur Zeit des Abkommens das Recht hatten, solche Waren zollfrei einzuführen, dieses Recht unter den bisherigen Bedingungen weitergewährt“. Ziffer 2 sichert den Danziger Firmen das gleiche Recht für den passiven Veredelungsverkehr, um den es bei dem Streitfall geht.

Es sind also dem polnischen Finanzminister ausdrücklich mehrfache Beschränkungen bezüglich des Danziger Veredelungsverkehrs auferlegt für seine Anordnungen, an die er sich, wenn seine Verfügungen unangefochten bleiben sollen, zu halten hat.

Nun macht aber Danzig Polen den Vorwurf,

daß Polen sich seiner Verpflichtung entzogen habe, die Freie Stadt vor Änderung des Zolltarifes zu hören“

und daß die Interessen der Freien Stadt durch die polnische Zollpolitik, die einseitig zugunsten der polnischen Industrie die Zollsähe hinausziehe, nicht von Polen „gekühl“ würden; daß der Danziger Regierung und den Interessentenkreisen Danzigs keine „Gelegenheit zur Auktionierung“ gegeben wurde; daß einseitiger Zollnachlass für polnische Firmen, die Danziger Handelsfirmen konkurrenzfähig gemacht habe; daß durch Maßnahmen der polnischen Zentralzollverwaltung den Verträgen entgegen Danziger Firmen aus dem polnischen Innern handel ausgeschaltet würden; daß die polnische Zollverwaltung Danzig das ihr vertraglich zustehende Recht streitig mache, sogar Rohstoffe oder Halbfabrikate, die auf Eigenbedarf kontingenten „im Rahmen der

Blutwällungen, Herzbelämmung, Atemnot, Angstgefühl, Nervenarbeit, Migräne, Schmerzen, Schlaflosigkeit können durch den Gebrauch des natürlichen „Franz-Josef“-Bitterwassers oft beseitigt werden. In Apotheken und Drogerien erhältlich. (2486)

Produktionsfähigkeit“ der Danziger Industrie bezogen wurden, in Danzig für den Absatz nach Polen zu verarbeiten, und daß schließlich das Recht zur Fortsetzung des Veredelungsverkehrs, das seit 10 Jahren unbeantwortet blieb, verweht wird.

Es ist also Danzigs Recht, in allen solchen Fragen die Entscheidung des Hohen Kommissars anzurufen.

Noch im September vorigen Jahres stand offenbar auch Polen auf diesem Standpunkt,

denn am 15. September 1931 erhob bekanntlich Polen in einem Antrag auf Entscheidung Einspruch gegen diesen Danziger Veredelungsverkehr. Und da vor der Entscheidung am 9. Januar 1932 eine Verordnung des polnischen Finanzministers erschien, die der Freien Stadt als eine Prädikatserklärung der beantragten Entscheidung erschien, erhob sie ihrerseits Antrag auf Entscheidung unter dem 29. Januar 1932, daß diese Verordnung eine action directe darstelle, den Polen mit einem Antrag parierte, daß die Nichtausführung der Anordnung des polnischen Finanzministers vom 30. 10. 1931 eine action directe der Freien Stadt Danzig darstelle.

Nun ist es üblich, daß ein solcher Antrag der Gegenpartei zur Kenntnis und Anerkennung vom Hohen Kommissar zugeleitet wird. Von einer „Verschleppung“ kann also ebenso wenig eine Rede sein wie von einer „blühdartigen Entscheidung“, denn die vorläufige Entscheidung wurde gefäßt zwei Monate nach dem Danziger Antrage. Behandelt wurden zunächst überhaupt nur die beiderseitigen besonders dringlichen Anträge auf Entscheidung einer action directe. Und was tat nun der Hohe Kommissar? Eben das, was der „Kurier Warsawski“ als zweitmäßigen Weg ansieht, nämlich „Sachverständige um ihre Meinung zu fragen“, und von dem das Blatt behauptet hatte, daß er ihn nicht beschritten habe. Im Einvernehmen mit der polnischen (!) und der Danziger Regierung erschien Graf Gravina einen „neutralen Sachverständigen“, der berufen ist, gemeinsam mit den von den Parteien zu bezeichnenden Sachverständigen die gesamten Fragen zu prüfen, die den Gegenstand des Antrages der polnischen Regierung vom 15. 9. 31 bilden“, nämlich den ungarischen Ministerialrat A. Fattinger, sein Gutachten abzugeben über die beiderseitigen Anträge auf Entscheidung wegen der action directe.

Das alles hätte der „Kurier Warsawski“ wissen müssen, wenn er sich die Mühe genommen hätte, die Entscheidung des Hohen Kommissars auch nur durchzulesen, in der das alles steht! Das gleiche gilt für die „Gazeta Polska“. Graf Gravina läßt also den Gesamt-Komplex der Fragen prüfen, nimmt nur die Dringlichkeitsanträge sachgemäß für eine vorläufige Entscheidung vorans, in der er ausdrücklich feststellt, daß seine Bemühungen gescheitert seien, „eine vorläufige Regelung der Streitfragen, die den Gegenstand der weiter noch erwähnten Anträge auf provisorische Entscheidung bilden, herbeizuführen bis die Fragen von allgemeiner Bedeutung, die den Gegenstand des polnischen Antrages vom 15. 9. 31 bilden, auf gütlichem Wege oder, falls das nicht möglich, durch Entscheidung geregelt sind“.

Die Vorwürfe der beiden polnischen Blätter gegen den Hohen Kommissar waren also, wenn nicht unverantwortlich gewissenlos, geradezu bösertig. In seiner vorläufigen Entscheidung sagt Graf Gravina ausdrücklich:

„Ich nehme das Gutachten, das mir auf mein Eruchen von Herrn Ministerialrat Fattinger erstattet worden ist, nach sorgfältiger Prüfung an“

und entschied sich damit zugunsten des Danziger Antrages.

Ministerialrat Fattinger hatte nun dem Hohen Kommissar ein sehr ausführliches Gutachten erstattet, in dem er eingehend die Darstellungen beider Staaten über die Streitfrage rekapitulierte, eingehend im Wortlaut die vertraglichen Grundlagen anführte, die für die Entscheidung in Frage kommen, um dann erst seine Stellungnahme ausführlich zu begründen. In Kürze einiges daraus:

Er legte dar, die Entscheidung, ob ein in Danzig ausgesührter

passiver Veredelungsverkehr

— soweit es sich um Betriebe handelt, die zur Zeit des Warschauer Abkommens hierzu schon das Recht hatten — zulässig ist oder nicht, gehört nach dem Warschauer Abkommen in die Kompetenz des im Abkommen vorgesehenen paritätischen Ausschusses. Daheim Meinungsverschiedenheiten über das Wirken dieses Ausschusses an, sind sie der Entscheidung des Hohen Kommissars zu unterbreiten. Diesen Standpunkt nahm auch der diplomatische Vertreter Polens in Danzig in seiner Note vom 15. 9. 31 ein. Abweichend von diesem Standpunkt forderte das polnische Finanzministerium am 30. 10. 31 in einer Anordnung die Danziger Zolldirektion auf, die von dem Ausschuss benötigten Veredelungsverkehre binnen einer bestimmten Frist aufzulösen. Die Frage, ob die angeordnete Auflösung sich auf tatsächlich unzulässige Veredelungsverkehre beziehe, ist a limine auszuhalten. Bei der Frage, ob eine Danziger action vorliegt, ist nur zu prüfen, ob die in der Anordnung sich kundgebende Handlungsweise des polnischen Finanzministeriums den vertraglichen Rechtsgrundlagen entspricht. Das ist nicht der Fall, denn laut Ziffer 4a und b Zollfragen der Generalvereinbarungen hat die polnische Zentralzollverwaltung nur bezüglich aller die Zollgesetzgebung betreffenden „allgemeinen Maßnahmen“, die auf alle polnischen Zolleinheiten Anwendung finden, das Recht, die Durchführung solcher Maßnahmen auch im Streitfalle bis zu dessen Beilegung zu fordern. Nun aber schuf das Warschauer Abkommen für Danzig bezüglich des passiven Veredelungsverkehrs ein Sonderrecht. Selbst der Titel dieser Bestimmungen lautet

Über die Ausnahmen von den Zollvorschriften.

Dem polnischen Standpunkt, als berühre die Verfügung des polnischen Finanzministeriums vom 9. 1. 32 nicht die Sonderrechte Danzigs, indem die in dem passiven Veredelungsverkehr aus Danzig ausgeführten Waren auch weiterhin in das Danziger Zollgebiet zollfrei wieder eingeführt werden können und nur in dem Falle nachträglich einer Verzollung unterliegen, wenn sie nach Polen weitergeführt werden, kann nicht beigebracht werden. Die das Warschauer Abkommen schließenden Parteien wollten ihrem Willen dahin Ausdruck verleihen, daß der bis dahin durch die Danziger Zollverwaltung — natürlich nur für das zu jener Zeit praktisch noch bestehende Danziger Zollgebiet — gewährte passive Veredelungsverkehr den Danziger Betrieben auch weiterhin gesichert bleibe — aber wollten nicht eine Zollgrenze anstreben.

Da seither das Danziger Zollgebiet praktisch in das Gebiet der Zollgrenze Polens aufgenommen wurde, können die regelrecht zollfrei in dem einen Teil des gemeinsamen Zollgebietes eingeführten Waren selbstverständlich ohne Verzollung in den anderen Teil des einheitlichen Zollgebietes weitergeführt werden, denn die Pariser Konvention bestimmt, daß Polen und Danzig ein einziges Zollgebiet bilden.

Polen hat nicht die Danziger Behauptung widerlegt, daß die betreffenden Waren bis zum 9. 1. 1932 tatsächlich immer ungehindert zollfrei nach Polen eingeführt wurden, soweit es sich um einen auch von

Polen als gesetzlich anerkannten Veredelungsverkehr handelt. Der Sachverständige kommt zu dem Ergebnis, daß in dem den formal rechtlich nicht gerechtfertigten Anordnung des polnischen Finanzministeriums vom 20. 10. 31 gegenüber — abgesehenen Verhalten Danzigs keine action directe festgestellt werden kann, dagegenüber aber die Anordnung des polnischen Finanzministeriums vom 30. 10. 1931 und die Verfügung vom 9. 1. 32 tatsächlich eine action directe darstellen. Die zur Begutachtung vorgelegte Frage einer action directe habe natürlich aus dem Gesichtspunkte der Zulässigkeit des beanstandeten passiven Veredelungsverkehrs wichtige Darlegungen auferlegt lassen müssen, auch die gewichtige staatsfinanzielle und wirtschaftliche Motivierung Polens.

Wir haben diese ausführlichen Darlegungen gemacht, um konkret nachzuweisen,

wie ungerechtfertigt und unbesonnen die Angriffe gegen den Hohen Kommissar in der polnischen Presse sind.

Wenn das polnische Finanzministerium in diesem Falle ins Unrecht gesetzt wurde durch die vorläufige Entscheidung des Hohen Kommissars, so ist das zweifellos peinlich. Wenn aber darob Vorwürfe von der polnischen Presse erhoben werden, so soll sie nicht den Richter anklagen, der auf Grund der Verträge und Abmachungen entscheiden muß, wenn er seine Pflicht nicht verleihen will, sondern die Rechtsberater der Regierung, die die vertraglichen Bindungen der polnischen Regierung nicht genügend beachten.

Aussterben der weißen Rasse?

Erschütternde statistische Erhebungen. — Entvölkern der Großstädte.

Gest in allen Ländern der Welt, die von weißen Menschen bewohnt sind, mehren sich die Symptome, die darauf hinweisen, daß die Lebenskraft der weißen Rasse im Abnehmen begriffen ist.

Das 19. Jahrhundert brachte bekanntlich einen stürmischen Aufschwung unserer Rasse. Sowohl in Europa wie in Amerika stiegen die Bevölkerungszahlen rapide. Allein die Tatsache, daß die Bevölkerung Europas sich im Laufe des letzten Jahrhunderts fast verdreifachen konnte, war ein eindrucksvoller Beweis für den gewaltigen wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt, durch den Unterbringung und Ernährung dieser gewaltigen Millionenmassen ermöglicht wurde. Gleichzeitig vollzog sich der Prozeß der ununterbrochenen Hebung des allgemeinen Lebensniveaus der weißen Völker, der insbesondere in den westeuropäischen Ländern und in Nordamerika seinen kräftigsten Ausdruck fand und sich, trotz aller sozialer Ungleichmäßigkeit, in der Verbesserung der Lebenshaltung aller gesellschaftlichen Schichten auswirken konnte.

Im 20. Jahrhundert beginnt der Wasserspiegel des weißen Volksmeeres sich zu senken, der Flut folgt eine Ebbe, der Behälter der stolzesten aller Menschenrassen beginnt sich zu leeren. Der Krieg mit seinen verheerenden volkswirtschaftlichen Folgen hat diese rückläufige Entwicklung noch beschleunigt.

Untersuchungen, die neuerdings in den fortgeschrittensten Ländern der Welt vorgenommen wurden, zeitigen aufsehenerregende Ergebnisse. Eine von englischen Forschern durchgeführte Erhebung ergab, daß allein in 4 führenden Ländern, in England, Deutschland, Frankreich und Amerika, die Zahl der kinderlosen Ehen 13 Millionen überschritten hat.

Diese gewaltige Zahl kann in ihrer Auswirkung kaum unterschätzt werden. Sie bedeutet, daß die weiße Rasse an einem Wendepunkt angelangt ist, hinter dem, wenn keine rasche Änderung der Verhältnisse eintreten sollte, das Aussterben beginnt.

England, jenes Land, das stets als Sinnbild des häuslichen Herdes galt, in dem die Familientradition, wie vielleicht nirgends auf der Welt, hoch in Ehren stand, weist in bezug auf den Geburtenrückgang erschreckende Zahlen auf. Während 1911 die Zahl der kinderlosen Ehen in England

etwa 16 Prozent betrug, waren 10 Jahre später bereits 32 Prozent kinderlos und heute sind es sogar 38 Prozent aller englischen Ehen.

In Deutschland tritt dieser Zustand womöglich noch krasser zutage. Im Deutschen Reich erreichte die Zahl der kinderlosen Ehen nach den letzten statistischen Berechnungen 4 Millionen. Die Geburtenzahl ging gegenüber den letzten Kriegszahlen um 58 Prozent zurück und schrumpfte neuerdings insbesondere in den Großstädten so sehr zusammen, daß man mit Recht von den kinderlosen deutschen Städten wird sprechen können. In Berlin sind heute 54 Prozent aller Ehen kinderlos.

In diesen besorgniserregenden Zahlen findet neben anderen kulturellen und sozialen Ursachen die schwere Not unserer Zeit ihren markantesten Ausdruck.

Was Frankreich betrifft, so macht sich dort der Geburtenrückgang schon viele Jahre vor dem Kriege bemerkbar. Wenn Frankreich trotzdem keine rapide Abnahme seiner Bevölkerungszahl aufweist, so hat es diesen Umstand nur der Tatsache zu verdanken, daß Millionen fremder Einwanderer die Möglichkeit gegeben wurde, sich in Frankreich einzubürgern und im französischen Volke aufzugehen. Es ist bezeichnend, daß hier jene nördlichen Departements Frankreichs einen Kinderzuwachs aufweisen, in denen sich hunderttausende aus dem Auslande zugewanderte Industriearbeiter in den Nachkriegsjahren niedergelassen haben. Trotzdem vergrößerte sich die Gesamtzahl der kinderlosen Ehen in Frankreich im Vergleich mit der Kriegszeit um ca. 200 000.

Man hätte annehmen können, daß diejenigen Länder vom Geburtenrückgang am empfindlichsten bedroht sind, die unter den Auswirkungen des Weltkrieges am schwersten zu leiden haben. Diese Vermutung wurde durch die Tatsache widerlegt, daß nach den letzten Erhebungen die Zahl der kinderlosen Ehen in den Vereinigten Staaten sich im Laufe der letzten 50 Jahre um das Sechsfache vergrößerte. So gar während der Periode der Prosperität schritt dieser Rückgang unaufhaltsam fort. Der gewaltige Bevölkerungszuwachs der USA ist somit keinesfalls auf die natürliche Vermehrung, sondern ausschließlich auf die Einwanderungslust zurückzuführen.

Nachdem die Immigrationstore geschlossen wurden, muß bestensfalls mit einem Stillstand der amerikanischen Bevölkerungszahl gerechnet werden. Sollte aber die jetzige Krise zu einer chronischen Erscheinung werden, so würde sie sich zweifellos in einer langsamen Entvölkern Amerikas auswirken.

Volkswirtschaftliche Reiseindrücke aus Italien.

Bon Karl Böckwinkel.

Der erste Eindruck von Italien — nun also, den wirklichen ersten Eindruck kann man natürlich nicht mehr schaffen. Denn mit der Italienreise ist es wie mit der Liebe. Jeder hält die seine für eine ganz außergewöhnliche und einzige, und doch hat eben jeder dies Erlebnis. So würde der Reisende, wenn er das Italienerlebnis beschreibe, nur wiederholen, was vor ihm oft und besser gesagt wurde. So kann der Schriftsteller, befriedigt wie er nun einmal ist, nur sagen: alles was man gehört und gelesen, was man erwartet hat, wird durch das eigene Erlebnis bestätigt und übertragen. Hat man sich nun aber gefaßt und sein volkswirtschaftliches Gemüt gesammelt, dann fallen einem zunächst zwei Sachen auf. Zunächst wird überall gebaut — Straßenbauten und -regulierungen, Neubauten, Ausgrabungen usw. Und ferner sieht man zahllose Soldaten oder Angehörige der Miliz und eine Unmenge von Beamten. Überall, auch in den kleinsten Orten laufen Polizisten aller möglichen Kategorien in Scharen herum und es gibt Behörden über Behörden, die alle verwalten. Der Hauptbahnhof von Mailand — der größte Mitteleuropas — hat einen Wartesaal von den Dimensionen einer mittleren Berliner Kirche und auf riesigen Marmortischen kann man seine Koffer aus- und einpacken, während in einem Klubstuhl (wie sich das in Italien gehört) eine Mutter ihr Kind stillt. Das Restaurant, noch größer und eines von der Sorte, wo die Kellner wie Großfürsten aussehen, ist märchenhaft (und hat eben solche Preise). Kümmerlich ist man — dank der Fürsorge des Reichsfinanzministers in der Reisekasse beschränkt — Spargkeit). Kurz und gut, man ist erschüttert und denkt: das muß doch ein Heidengeld kosten.

Und das tut es auch. In Mailand, wo — neben vielem anderen auch der riesige Domplatz neu gepflastert wird, erzählt man sich aus neuestem Witz die Geschichte von dem Neureichen, der zum Juwelier kommt, um seiner Frau einen Schmuck zu kaufen. Keiner der Steine, die ihm vorgelegt werden, ist ihm teuer genug. „Dann müssen Sie eben“ —

sagt schließlich der verzweifelte Juwelier — „einen Stein vom Domplatz nehmen.“ So teuer ist das neue Pflaster — so viele Leute verdienen daran. In Wirklichkeit ist das allerdings nur halb so schlimm. Wie alle Leute, die gerne Witze machen, übertrieben die guten Mailänder. Es ist richtig, daß gerade die Straßenbauunternehmer gegen den Staat Forderungen haben, die mitunter in die Millionen gehen. Aber ebenso richtig ist es, daß die Lieferanten bei der staatlichen Regie, die der Faschismus überall eingeführt hat, lange nicht ein so gutes Leben haben, wie überall dort, wo die Gemeinden selbstständig wirtschaften (was früher auch in Italien der Fall war). Sie müssen jahrelange Kredite geben, so daß jetzt in der Krisenzeite die Notstandsarbeiten zwar ausgeführt werden, den Staat aber nur minimal belasten.

In Rom wird die wirtschaftliche Aktivität der öffentlichen Hand noch stärker spürbar. Überall Neubauten oder Ausgrabungen. Der Staat baut und der Papst tut es. Alle Tage wird etwas anderes eingeweihlt oder mindestens ein Grundstein gelegt. Im politischen Teil der Zeitungen ist nur von drei Sachen die Rede: heftige Polemiken gegen Frankreich, italienische Erfolge in Genf und Einweihungen oder Fortschritte öffentlicher Arbeiten. Da gibt es neue Krankenhäuser, Lazarette, Postgebäude, Kaiserfore, die ausgetragen worden sind, und alles mögliche noch. Abends und gegen Mitternacht, wenn man durch die Stadt spazieren geht — sie ist herrlich um diese Zeit — dann bewundert man immer wieder, in aller Schwärmerei und mitten unter freudig dankbaren Erinnerungen an greife Gymnastikprofessoren, bei denen man die „Topographie Rom“ „geholt“ hat, die Gepflegtheit und Sauberkeit der Straßen, die die ganze Nacht in hellstem Lichte liegen, obgleich menschenleer bis auf die Polizisten. (Die sind übrigens ungewöhnlich freundlich und laufen straßenweit mit, um einem den Weg zu zeigen.) Berlin ist dagegen eine schlecht beleuchtete ungemütliche Kleinstadt. Und immer wieder fragt man sich in seinem volkswirtschaftlichen Gemüte: wer bezahlt das alles? Wie wird dieser Staat balanciert — der tatsächlich nur ein geringes Defizit hat, das durch eine innere Anleihe, die hier immer ein unbedingter Erfolg ist, ohne weiteres gedeckt wird.

Die erfahrensten Leute wissen auf diese Frage keine Antwort, Leute, die jahrelang in Italien leben. Einen Tag

Unter den Ländern der weißen Rasse ist nur Russland von dem Geburtenrückgang bis jetzt unberührt geblieben. Die überwiegend bäuerliche Bevölkerung Russlands macht sozusagen aus der Not eine Tugend, so daß das Land eine jährliche Bevölkerungszunahme von ca. 3 Millionen aufweist. Die Folgen dieser Kräfteverschiebung innerhalb der weißen Rasse können sich sowohl auf dem wirtschaftlichen, wie auf dem machtpolitischen Gebiete schon in wenigen Jahrzehnten bemerkbar machen.

Arbeitsbeschaffung durch Prämienanleihe.

Unter den Aufgaben, die die Reichsregierung in der nächsten Zeit zu lösen haben wird, steht oben an die Arbeitsbeschaffung. Dabei steht offenbar die Auflage einer Prämienanleihe im Vordergrunde, die in den zuständigen Ministerien zurzeit vorbereitet wird. Durch eine derartige Anleihe, die neben den Gewinnaussichten noch durch Steuerfreiheit eine besondere Anziehungskraft erhalten soll, hofft man, insbesondere die gehamsterten Gelder zu erfassen und sie dem Produktionsprozeß wieder zuzuführen. Wenn die Anleihe tatsächlich ein Erfolg ist, kann damit Arbeitsbeschaffung in erheblichem Maße finanziert werden.

Rundfunk-Programm.

Sonntag, den 8. Mai.

Königswusterhausen.

06.00: Gymnastik. 06.15: Von Hamburg: Hafenzkonzert. 08.25: Zum Muttertag. 08.55: Von Berlin: Morgenfeier. 10.05: Von Berlin: Muttervorlesung. 11.00: Elternstunde. Dr. med. Heinrich Franzmeier: Soll mein Kind mitmachen? 11.30: Von Leipzig: Bach-Kantate. 12.00: 10 Minuten Lyrik. 12.15: Von Berlin: Reichskanzler Dr. Brüning spricht. 18.15: Von Berlin: Konzert. 14.30: Dr. h. c. Dr. Heinrich Spiro: Völkercharaktere in der Weltliteratur; Peer Gynt. 15.00: Grete Maria Markstein: Mutterlegende von Paula Grogger. 15.20: Junge Generation spricht. Die gesellschaftliche Lage und Formung der jungen Angestelltenchaft. 16.00: Dichterstunde. Vorlesung aus eigenen Werken. Willi Lehne. 16.25: Von Wien: Ausschnitt aus der Hörfolge „Eine Fahrt in den Frühling“. 18.30: Pfarrei Vic. Hermann: Mutter und Volk. 19.00: Von Berlin: Sportnachrichten. 20.00: Von München: Volksfestungen in Unterfranken. 22.00: Mutter-, Tages- und Sportnachrichten. 22.20—00.30: Von Berlin: Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.15: Hafenzkonzert. 08.15: Morgenkonzert. 09.30: Zehn Minuten für die Kamera. 09.40: Schachkunst. 10.00: Evangelische Morgenfeier. 11.00: Otto Suckland: Bergwerksleben. 11.30: Von Leipzig: Bach-Kantate. 12.15: Von Berlin: Reichskanzler Dr. Brüning spricht. 13.15: Von Berlin: Mittagskonzert. 15.30: Was der Landwirt wissen muß. 15.40: Was geht in der Oper vor? 16.00: Menschen der Einsamkeit. 17.00: Mutter. Ansicht: Unterhaltungskonzert. 18.20: Hansjürgen Wille liest aus eigenen Werken. 18.50: Tatjana Menotti singt. Am Flügel: Renato Nazzarelli. 19.00: Schlagerkomponisten. 20.00: Aus dem Stadion in Breslau: Reichswehrwohlfahrtkonzert zum Besten von Kriegsweisen. 22.40—24.00: Von Berlin: Tanzmusik.

Wünschberg-Danzig.

06.15: Hafenzkonzert. 09.00: Evangelische Morgenfeier. 10.55: Mutter. 11.00: Zum Muttertag. Literarisches-musikalische Heimatstunde. 11.30: Von Leipzig: Bergwerksleben. 12.00: Freitags-Maria von Gaul: Gedanken zum Muttertag. 12.15: Von Berlin: Reichskanzler Dr. Brüning spricht. 13.15: Konzert. 15.30: Von Wien: Eine Fahrt in den Frühling. 18.40: Litauische Hochzeitsbräuche. 19.05: Musik für Cello und Klavier. Kurt Sachs und Leo Tambmann. 19.25: Großmutter. Emma Sohst spricht über das Thema: Mutter, wie sollst du sein? 20.00: A. d. Kliefsaal des Königsberger Schlosses: Aus Österreichs musikalischer Vergangenheit. Die Jagd. Oper in 3 Akten von A. A. Hiller. Musikalische Leitung: Erich Seidler. Mitw.: Kammer-Orch. des Opernhauses. 21.05: Abendkonzert. Orch. des Opernhouses.

Warschau.

12.15: Von der Philharmonie: Sinfonie-Konzert. Kompositionen von E. Grieg. 14.20: Musik. 15.00: Musik. 16.20: Schallplatten. 16.55: Schallplatten. 17.45: Opern-Konzert. Das Polizeiorchester und Wisniowski, Bariton. 19.25: Schallplatten. 20.15: Volksmusik-Konzert. Funkorchester. Kalinowski, Klarinette, und Junowicz, Flöte. 22.10: Lieder für Mezzosopran mit Klavierbegleitung. 23.00: Tanzmusik.

Radiobesitzer

finden das wöchentliche Rundfunkprogramm in den Zeitschriften „Die Sendung“ (Nr. 65 Gr.), „Europastunde“, „Funkpost“ u. a. Zu haben bei O. Bernide, Buchh., Bydgoszcz, Dworcowa 7. (845)

lang schien die Auffindung italienischer Schulverschreibungen in Kreugers Geldschriften eine Erklärung zu geben — zwar eine phantastische, aber doch eine mögliche. Damit ist es ja nun nichts. Und die italienische Presse ist mit Recht empört über den „Plutokrat“ und Börsenbajadore, der zu solchen Mitteln griff. Mit noch mehr Recht ist sie über französische Pressestimmen empört, die noch heute, nachdem jene Schuldbücher als Fälschungen festgestellt sind, argwöhnen, daß diese Fälschungen im Einverständnis mit der italienischen Regierung vorgenommen seien, die aus dem Ertrag ihre Flotte gebaut hat — die Flotte, die Frankreichs „Sicherheit“ bedroht.

Was also den Staatshaushalt und die öffentliche Wirtschaft Italiens betrifft, so wird man zu wesentlich einfacheren Erklärungen greifen müssen. Zunächst einmal ist der Preis der Lebensmittel sehr niedrig. Jeder Reisende wird bemerken (wenn er nicht in erstklassigen Hotels wohnt), daß er für Essen und Wohnung etwa halb so viel zahlt wie in Deutschland. (Sein Geld gibt man für Nebenausgaben weg.) Da der notwendige Unterhalt nicht viel kostet, sind die Löhne niedrig, ebenso die Beamtengehälter und Pensionen. Die zahlreichen Menschen, die von der öffentlichen Hand leben, leben sehr bescheiden — auch die höheren Beamten können an Luxus nicht denken. Aber das kann auch kaum ein anderer Italiener. Auf die Frage, die der Berliner notwendig stellt, was abends in Rom „los ist“, kann man nur antworten: gar nichts. Aus dem größten Café, Aragno, wird der Schreiber dieser Zeilen, gerade bei diesem Punkt angelangt, um 1/2 Uhr herausgeworfen, da man das Lokal nicht für einen einsamen deutschen Journalisten aufhalten will. Nachts schlafst man. Vergnügung ist das Kino — der teuerste Platz im feinsten Kino kostet 2 Mark. Aber Steuern zahlt man, nicht zu knapp, mehr als in Deutschland.

Danach scheint es, daß die älteste Haussvaterheit Recht hat: mit Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und strenger Ordnung kann man auch in schweren Zeiten einen Haushalt im Gleichgewicht halten — selbst einen Staatshaushalt. Denn strenges Regiment herrscht hier: die gesamte öffentliche Wirtschaft wird zentralistisch von der Regierung geleitet. Sie hat den Haushalt fest in der Hand — und ihn vor einer Verschuldung ans Ausland bewahrt.